

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

105. Sitzung
2. September 2026

Beginn: 12.45 Uhr
Schluss: 17.12 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass als Tischvorlagen eine Vertagungsliste der Fraktionen der CDU und der SPD, ein Verfahrensvorschlag zur Konsensliste aus der eben abgehaltenen Sprecherinnen- und Sprecherrunde sowie zu Tagesordnungspunkt 1 sechs Vermögensgeschäfte vorlägen.

Der Verfahrensvorschlag beinhalte eine Auflistung von Punkten, die von der Konsensliste genommen werden sollten. Es handle sich um unerledigte Berichte, die dem Hauptausschuss der 20. Wahlperiode im Rahmen einer Unerledigtenliste zur Kenntnis gegeben werden sollten. Teilweise seien Anträge für Folgeberichte dabei.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er wolle sich bei den anderen Fraktionen dafür bedanken, dass man hier gemeinsam zu einem vernünftigen Verfahren gekommen sei. Angesichts der Vielzahl der Punkte sei es herausfordernd gewesen, einen sinnvollen Umgang damit zu fin-

den, sodass möglichst nichts verloren gehe und man trotzdem die heutige Sitzung bewältigen könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt schließt sich der Ansicht des Abgeordneten Zillich an, dass dies ein guter Vorschlag sei.

André Schulze (GRÜNE) bemerkt, dass zwei wesentliche Gesetzesvorhaben nun ins Nirwana der Vertagungsliste verschoben würden, sei der Koalition unbenommen. Er wolle dennoch seine Kritik darüber äußern, dass jetzt erneut eine Vorlage des Bezirks Neukölln zur Verwendung des Sondervermögens mutmaßlich aus wahltaktischen Gründen über den Wahltag geschoben werde und dadurch eine große Verzögerung entstehe. Man werde sich später bei der Vorlage des Bezirks Steglitz-Zehlendorf ebenfalls mit der Parkraumbewirtschaftung beschäftigen. In Neukölln sei sogar ein Stadtrat der CDU für das Thema zuständig. Es gebe einen BVV-Beschluss dazu, und trotzdem vertage die Koalition die Mittel, die den Bezirken zur Verfügung gestellt worden seien. Wenn es inhaltliche Bedenken zur Bearbeitung dieses Schreibens abseits der grundsätzlichen politischen Fragestellungen gegeben hätte, wäre seit der letzten Sitzung am 24. Juni 2026 Gelegenheit gewesen, diese zu klären. Im Übrigen habe SenFin mitgezeichnet, dass die Förderfähigkeit vorliege. Insofern finde er es sehr ärgerlich, dass es jetzt zu einer Verzögerung für eine Maßnahme komme, die auch förderlich für den Landeshaushalt wäre. Der Bezirk Neukölln, der am 1. September 2026 eine Haushaltssperre verhängt habe, hätte damit die Möglichkeit, seine haushälterische Situation zu verbessern.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bekundet, sie wolle ihre Verwunderung darüber ausdrücken, dass Tagesordnungspunkt 3 zum Personalvertretungsgesetz vertagt und an den Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft überwiesen werden solle. Sie wisse nicht, was das Thema noch dort zu suchen habe. Ehrlicher wäre gewesen, es zu vertagen, aber es dort zu beraten, ohne dass dieser Ausschuss Beschlusskraft habe, sei etwas merkwürdig.

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, die Tagesordnungspunkte 20 a, 26, 29, 31, 38, 51 und 52 zu vertagen sowie den Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen und an den Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft zu überweisen.

Derya Çağlar (SPD) informiert, sie werde zu Tagesordnungspunkt 34 weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnehmen, weil sie erste Vorsitzende des Freilandlabor Britz e. V. sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass dies zu Protokoll genommen werde.

Punkt 1 der Tagesordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Drucksache 19/3461
**Viertes Gesetz zur Änderung des
Landesabgeordnetengesetzes**

[3110](#)
Haupt

Ohne Aussprache beschließt der **Ausschuss**, die Annahme des Antrags Drucksache 19/3461 zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Finanzen – 15

Punkt 1 A der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen
des Unterausschusses Vermögensverwaltung
zu Vorlagen – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 GO Abghs**

hierzu:

- I. **Empfehlung des UA VermV vom 02.09.2026
Vermögensgeschäft Nr. 11/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**
- II. **Empfehlung des UA VermV vom 02.09.2026
Vermögensgeschäft Nr. 12/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**
- III. **Empfehlung des UA VermV vom 02.09.2026
Vermögensgeschäft Nr. 13/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**
- IV. **Empfehlung des UA VermV vom 02.09.2026
Vermögensgeschäft Nr. 14/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**
- V. **Empfehlung des UA VermV vom 02.09.2026
Vermögensgeschäft Nr. 15/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**
- VI. **Empfehlung des UA VermV vom 02.09.2026
Vermögensgeschäft Nr. 16/2026
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**

[3120](#)
Haupt

[3121](#)
Haupt

[3122](#)
Haupt

[3123](#)
Haupt

[3124](#)
Haupt

[3125](#)
Haupt

b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Derya Çağlar (SPD) berichtet in ihrer Eigenschaft als Ausschussvorsitzende, der Unterausschuss Vermögensverwaltung habe am Vormittag den als Tischvorlage vorliegenden roten Nrn. 3120, 3121, 3122, 3123 und 3124 einstimmig zugestimmt. Der roten Nr. 3125 habe der Ausschuss mehrheitlich mit CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, bei Enthaltung der AfD, zugestimmt.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlagen – zur Beschlussfassung – rote Nrn. 3120 bis 3125 zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird jeweils empfohlen.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, zu b lägen keine Empfehlungen vor.

Punkt 1 B der Tagesordnung

Bericht SenFin – II B – vom 01.09.2026

Statusbericht über die Haushaltslage per 31.05.2026

gemäß Auflage B. 106 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3126](#)

Haupt

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) teilt mit, es sei ihm ein besonderes Anliegen gewesen, dem Ausschuss persönlich zu vermitteln, dass auf Basis der Prognose der per 31. Mai 2026 erstellten Befunde gegenüber der Planung insgesamt ein um rund 1 Mrd. Euro verbessertes Ergebnis vorliegen werde, aber weiterhin ein zu erwartendes Finanzierungsdefizit von 4,579 Mrd. Euro. Auf der Einnahmenseite sehe man 226 Mio. Euro geringere Einnahmen als erwartet. Die Ursache seien zum einen geringere Steuereinnahmen, die SenFin bereits mit der Steuerschätzung kommuniziert habe, zum anderen geringere sonstige Einnahmen im Umfang von 163 Mio. Euro. Auf der Ausgabenseite sehe man, mit Ausnahme der Personalausgaben, in allen Aggregaten eine Unteraus schöpfung mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Investitionsausgaben. Dass man insbesondere in den planerischen Vorsorgen zum 31. Mai noch keine vollständige Ausschöpfung prognostizieren könne, liege auch in der Natur der Pauschalen wie der Fluchtpauschale oder der Steuerungsreserve. Bei den Investitionsausgaben rechne sein Haus aber damit, dass die erhöhten planerischen Ansätze deutlich nicht erreicht werden würden, aus unterschiedlichen Gründen. Dies betreffe zum Teil bauliche Maßnahmen, bei denen die Planungsphasen länger andauerten als bei der Planaufstellung angenommen. Zum anderen zeige sich bei den Darlehen für die Wohnungsbauförderung aktuell noch nicht die prognostizierte Ausschöpfung. Für die Zinsausgaben rechne SenFin derzeit mit ungefähr 50 Mio. Euro Minderausgaben.

Da der Ausschuss heute zum letzten Mal vor der Wahl in dieser Zusammensetzung tage, wolle er die Gelegenheit nutzen, sich herzlich zu bedanken. Es sei ihm eine Ehre und eine Freude gewesen, in den vergangenen dreieinhalb Jahren in seiner Funktion als Finanzsenator in diesem Gremium mitwirken zu dürfen. Die Debatten, die hier geführt würden, deren Qualität und Tiefe und auch der Respekt, in dem Diskussionen ausgetragen würden, zeichneten den Aus-

schuss in besonderer Weise aus. Dies habe er zu jedem Zeitpunkt wertgeschätzt. Er danke ausdrücklich auch allen Mitarbeitenden der Fraktionen und den Kolleginnen und Kollegen des Ausschussbüros. Auch dem Vorsitzenden danke er für die von ihm stets als ausgezeichnet und sehr pragmatisch empfundene Sitzungsleitung.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, im Namen des Ausschusses wolle er seinerseits dem Finanzsenator, der Staatssekretärin und dem Staatssekretär sowie allen Mitarbeitenden von SenFin für die gute, vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit danken.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, dem Dank wolle er sich gern anschließend. Gleichwohl sei der Statusbericht auch inhaltlich nicht unbedeutend und ergäben sich einige Fragen und Austauschbedarf. Bemerkenswert sei wieder einmal, dass es bei den Investitionen nicht so laufe wie veranschlagt. Dies sei überwiegend nicht gut, weil dadurch Dinge länger dauerten und unter Umständen auch teurer würden. Hier müsse man genauer hinschauen.

Er bitte darum, zu den einzelnen Aggregaten noch einmal die wichtigsten Sachverhalte aufzuliefern zu bekommen. In dem Bericht sei dies nur sehr kursorisch aufgeführt. Dass es sich laut dem Bericht hierbei zum großen Teil um Darlehen zur Wohnungsbauförderung handeln müsse, sei durchaus bemerkenswert nach dem Hin und Her bei der Veranschlagung, das man in der letzten Zeit erlebt habe. Offenbar laufe es bei den Wohnungsbauvorhaben doch nicht ganz so gut oder zumindest nicht ganz so schnell wie erhofft. Dies müsse man zumindest zur Kenntnis nehmen und gegebenenfalls die Schlussfolgerung zu ziehen, dass offensichtlich nicht so viel Wohnungsbauförderung stattgefunden habe und gebunden worden sei, wie es gedacht gewesen sei. Der zweite Punkt korrespondiere mit einer Einnahmenentwicklung: Wenn Berlin über das Sondervermögen des Bundes weniger einnehme, bedeute dies, dass man hier auch weniger ausgegeben habe. Hierbei gehe es zum Großteil um investive Maßnahmen. Wenn es darüber hinaus im Baubereich noch Signifikanzen gebe, bitte er um Erläuterung oder einen ergänzenden Bericht.

Wenn auch die Kreditausschöpfung überwiegend mit der Wohnungsbauförderung zusammenhängen sollte, wäre es gut, dies zu erfahren; sie könne aber natürlich auch mit anderen Dingen zu tun haben. Er bitte darum, darzustellen, weshalb die Ausschöpfung der Kreditaufnahme nicht wie geplant stattfinden solle. Möglicherweise habe sie auch mit der Bewertung der Konjunkturkomponente zu tun, die man in Rechnung stellen müsse und die sich gegenüber dem Planansatz noch einmal verändern dürfte. Auch hierzu würde er gern weitere Ausführungen bekommen.

Hätten sich bei der Beamtenbesoldung in der Rücklagenzuführung Veränderungen gegenüber den Planungen ergeben, die hier abgebildet seien?

Könne schon etwas dazu gesagt werden, welche Kosten durch Sofortmaßnahmen aufgrund der Hackererpressung entstünden? Selbstverständlich müsse der Senat diese Ausgaben tätigen, notfalls im Rahmen eines Notbewilligungsrechts, aber das Parlament müsse erfahren, wie viele Mittel weshalb angewiesen worden seien.

Beim Thema Flucht und Transfer sei die Übersichtlichkeit begrenzt, was an der veranschlagten Steuerungsreserve und an den Verstärkungsmitteln liege, die man hier mit in Rechnung ziehen müsse. Er habe versucht, einen Überblick darüber zu gewinnen, wie viel nun entsperrt

und übertragen werden solle und zu welchen Zwecken. In den Kopfzeilen der einzelnen Vorlagen würden ganz unterschiedliche Aussagen über die Höhe der verfügbaren Mittel getroffen. Dies könne beispielsweise mit Ungleichzeitigkeiten zu tun haben. Daher bitte er um eine Tabelle insbesondere für die Verstärkungsmittel, aus der hervorgehe, was mit welcher Vorlage zu welchem Zweck entsperrt bzw. übertragen worden sei. Darüber hinaus benötige man das Gleiche zu den Verpflichtungsermächtigungen – VE – und hier eine Übersetzung in eingegangene Verpflichtungen in Jahresscheiben für die Folgejahre – dies betreffe nicht nur die jetzt eingegangenen VE, sondern auch die bereits bestehenden Bindungen –, damit das Parlament die finanziellen Aufwendungen, die es tätige, vernünftig verfolgen und daraus Schlussfolgerungen für die Folgejahre ziehen könne. Er bitte darum, diesen Bericht in Monatsfrist zu erhalten. Es gehe um Daten, die alle schon vorliegen und nur zusammengestellt werden müssten. Parlamentarische Kontrolle finde nicht nur in Sitzungen statt, sondern auch abseits davon.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, der Berichtswunsch sei so vorgemerkt.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) schickt voraus, auch er wolle sich den Danksagungen anschließen. – Er habe eine Verständnisfrage zu den konsumtiven Ausgaben im Bereich fluchtbedingte Mehrausgaben in Höhe von 525 Mio. Euro auf Seite 3 des Berichts. Sehe er es richtig, dass diese Summe zu den rund 2,1 Mrd. Euro hinzukomme, man also bei den Ausgaben insgesamt bei rund 2,6 Mrd. Euro stehe, oder sei sie dort bereits inbegriffen und solle klarmachen, dass keine Einsparungen erzielt werden könnten?

Zu den Rücklagen bei der Beamtenbesoldung: Bekanntlich komme man selbst bei der restriktiven Handhabung, wie der Finanzsenator sie bisher in Aussicht gestellt habe, auf rund 1,2 Mrd. Euro für Nachzahlungen. Wenn man die verfassungswidrige Besoldung fairerweise in allen Fällen ausgleichen wolle, komme man auf rund 7 Mrd. Euro. Inwieweit sei dies hier berücksichtigt? Wenn es nicht berücksichtigt sei, was schwebe SenFin vor, wie dies in den Haushalt bzw. in die Prognose hineinkommen solle?

André Schulze (GRÜNE) sagt, er wolle sich ebenfalls dem Dank an den Finanzsenator, die Staatssekretärin und den Staatssekretär sowie die Mitarbeitenden von SenFin anschließen. – Der Abgeordnete Zillich habe seine Fragen in weiten Teilen schon gestellt und auch seinen Berichtswunsch schon ausführlich artikuliert.

Er habe noch eine Frage zur Steigerung der Zuführung an die Versorgungsrücklage. In der Vorlage stehe dies im Zusammenhang mit der Lehrkräfteverbeamtung. Was sei der Grund hierfür? In der Pressemitteilung vom 1. September 2026 sei auch die Beamtenbesoldung mit aufgeführt. Welcher Teil der zugeführten 740 Mio. Euro betreffe die Lehrkräfteverbeamtung und welcher die Beamtenbesoldung?

Zu den Kosten durch den Hackerangriff: Habe das Land Berlin Versicherungen gegen Schäden in solchen Fällen?

Sebastian Schlüsselburg (SPD) erklärt eingangs, er danke dem Senator für die wertschätzenden Worte über die Zusammenarbeit im Ausschuss. Er wolle dieses Lob im Namen der gesamten SPD-Fraktion gern zurückgeben, nicht nur an SenFin, sondern an alle Senatsverwaltungen und an die Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke. Er danke auch der Opposition dafür, dass man hier im Ausschuss hart in der Sache, aber beseelt von dem gemeinsamen Er-

kenntnisinteresse versuche, das Beste und Sparsamste, aber gleichzeitig Effektivste aus den Landesfinanzen herauszuholen.

Zum Statusbericht lasse sich zusammenfassen: Auf dem Papier sehe der Haushalt per 31. Mai 2026 um circa 1 Mrd. Euro besser aus, weil man Mittel für Investitionen nicht ausbebe. Auf der anderen Seite galoppierten aber im konsumtiven Bereich die Ausgaben in den Bereichen soziale Transfers, Kita und Flucht davon. Es sei klar, dass noch einiges anstehe, insbesondere die Steuerschätzung im Oktober, die Haushaltsberatungen des Bundes und die materiellrechtlichen Verständigungen auf Bundesebene. Der dortige Koalitionsausschuss habe angekündigt, etwas zu unternehmen, aber wie genau und mit welcher kassenwirksamen Auswirkung auf die Bundesländer, werde er erst im Oktober nach den Landtagswahlen verraten. Daher stehe alles, was man hier heute miteinander bespreche, unter Vorbehalt und beruhe auf Annahmeschätzungen.

In der Tabelle auf Seite 3 des Berichts sei ausgewiesen, dass es bei Kitas und Tagespflege eine Kostensteigerung von 14 Prozent gebe, circa 337 Mio. Euro. Hier bitte er um eine Erläuterung, was genau der Hintergrund sei. Schließlich seien die Kopfszahlen bei der Inanspruchnahme der Leistung rückläufig. Sei die Veranschlagung zu niedrig gewesen, oder steckten andere Effekte dahinter?

Außerdem wolle er sich der Frage des Abgeordneten Zillich anschließen, ob man die Konjunkturkreditkomponente vollständig ausschöpfen werde, so wie man sie derzeit als Haushaltsermächtigung ins Gesetz geschrieben habe.

Heiko Melzer (CDU) bekundet, auch die CDU-Fraktion wolle sich gern bei allen Mitarbeitenden von SenFin, der Staatssekretärin und dem Staatssekretär sowie dem Finanzsenator bedanken. Der Hauptausschuss sei etwas Besonderes. Er mahne innerhalb der Fraktionen an, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden könne und dass vernünftige Haushalts- und Finanzpolitik gemacht werden solle.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) kündigt an, sein Haus werde alle Nachfragen schriftlich beantworten. Die Fristsetzung könne er sehr gut nachvollziehen, insofern könnten die Abgeordneten mit baldiger Beantwortung rechnen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3126 zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3443

**Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes
und weiterer Vorschriften**

[3087](#)
Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) unterstreicht, man sollte das, was gelungen sei, auch benennen, und auch, was das Landesbeamtengesetz betreffe, seien dem Ausschuss einige Schritte gelungen. Sie persönlich sei besonders erfreut darüber, dass man beim Thema Beförderung und Laufbahnwechsel ein Stück vorangekommen sei. Auch beim Thema pflegende Angehör-

rige seien einige wichtige und richtige Schritte unternommen worden. Es sei ihr wichtig, dies an dieser Stelle zu würdigen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/3443 zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3444
Personalvertretungsgesetz (PersVG)

[3088](#)
Haupt

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I D 22 – vom 06.08.2026
**Abrechnung von Anmietungs- und
Flächenoptimierungsprojekten im Sondervermögen
Immobilien des Landes Berlin (SILB) zum
Berichtszeitraum 2025 und Rückfluss nicht
verwendeter Rücklagen**
**1. Kenntnisnahme der Abrechnung der im SILB bis
zum 31.12.2025 erfolgten und abgeschlossenen
Anmietungs- und Flächenoptimierungsprojekte und
der dafür gebildeten Rücklagen im SILB**
**2. Zustimmung zur Auflösung der nicht verwendeten
Rücklage in Höhe von 1.839.834 € und Auskehr an
den Landeshaushalt (Kapitel/Titel 2991/12121
Rückfluss aus
dem SILB)**

[0176 F](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, es stelle sich die Frage, ob es klug sei, wenn die Rücklagen nicht vollständig aufgebraucht würden, in einem solchen Umfang einen Rückfluss im Jahresabschluss des Landes zu verbuchen, oder ob es nicht sinnvoll sei, ihn als investive Kapazität im SILB zu belassen. Es gebe zwar den haushälterischen Automatismus, dass alles, was sich nicht in der Rücklage befinde und nicht für die Bewirtschaftung benötigt werde, an den Landeshaushalt zurückfließe. Trotzdem sei dies eine berechtigte Frage. Ihm sei klar, dass dies vor der Folie stattfinde, dass es ein Ringen zwischen SenFin und BIM über die Frage gebe, wie man mit der Liquidität im SILB umgehen solle und inwieweit es notwendig sei, dort so viele Mittel anzusparen. Man werde sich weiter darüber unterhalten müssen, was eine Umstellung bei der Finanzierung der Investitionsvorgaben vom Anspar- auf das Abflussprinzip bedeute. Man müsse sich aber auch weiter über die Frage unterhalten, ob es nicht doch sinnvoll sei, zumindest die größeren Investitionsprojekte des SILB auch über Fremdkapitalaufnahmen durch die BIM oder das SILB zu finanzieren. Ihm sei bewusst, dass hierfür eine Gesetzesänderung notwendig wäre, aber es gehe hier um eine konzeptionelle Frage, die ge-

klärt werden müsse. Die knapp 2 Mio. Euro, um die es hier gehe, würden keine qualitative Änderung im Jahresabschluss des Landes herbeiführen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) entgegnet, es gebe im SILB gewisse haushälterische oder auch gesetzliche Vorkehrungen. Dessen Liquidität sei dennoch hinreichend gewährleistet. Es handle sich hier um Maßnahmen, für die es Rücklagen gegeben habe, die sich aber verzögert hätten. Aufgrund der befürchteten Baupreissteigerung seien die Rücklagen aufgestockt worden, hätten aber nicht ganz ausgeschöpft werden müssen. Dass man diesen Überschuss zurückgebe, folge der Logik des SILB und auch dem Gesetz. Dies nutze im Moment beiden Seiten. Es gebe aber Modelle zur Fortentwicklung des SILB, die sicherlich in der nächsten Legislaturperiode weiter diskutiert werden würden.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, es gebe zwar einerseits die Projektlogik, aber andererseits auch einen beschriebenen Investitionsbedarf, der in der Bewältigung nicht finanziert sei. Es gebe genug zu tun, wofür man bisher keine Lösung zur Finanzierung habe. Eine Rücklagenkonstruktion würde möglicherweise sogar einen Grundstock dafür bieten, andere Finanzierungswege nutzbar zu machen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) wiederholt, es gebe unterschiedliche Möglichkeiten der Weiterentwicklung für das SILB. Einige Modellprojekte habe man bereits durchgeführt. Wie man den großen Schatz des SILB und dessen Leistungsfähigkeit weiter nutzen könne, werde sich zeigen. Die darin enthaltenen Mittel seien für Projekte gedacht. Dass man den Investitionsstau und die Investitionsnotwendigkeiten in Berlin mitdenke, sei Teil der Arbeit der Verwaltung.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0176 F wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I C 13 – vom
18.08.2026
**Entsperrung von Haushaltsmitteln zu Gunsten der
Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin**
1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
2. Kenntnisnahme des Berichts
(Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung vom 18.03.2026)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)

[3081](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

André Schulze (GRÜNE) sagt, SenFin habe den Wirtschaftsplan 2026 dankenswerterweise noch einmal in ungeschwärzter Form zur Verfügung gestellt. Seitdem sei die endgültige Vergabeentscheidung getroffen worden, mit der entsprechenden Konkretisierung von Zeitplänen. Gebe es schon einen Zeitplan für den Beschluss des Wirtschaftsplans 2027? Könne die-

ser dann dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt werden? Gegebenenfalls würde er hierzu ergänzende Fragen einreichen.

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, die Vorlage sei die normale Konsequenz daraus, dass es endlich gelungen sei, die Vergabeentscheidung wirksam zu treffen und daher das Modell der Finanzierung der Fahrzeuge über die Landesanstalt mit dem Instrument von Kapitalzuführungen auch tatsächlich beginnen könne. Für 2027 gebe es eine gewisse Haushaltsvorsorge für eine Fortführung dieser Kapitalzuführung. Er gehe davon aus, dass diese sich in der Größenordnung in einem ähnlichen Umfang bewegen werde. Wie werde es aber danach weitergehen? Welcher Bedarf an Kapitalzuführung resultiere aus der Überschaubarkeit des Modells, das jetzt zum Tragen komme? Er erbitte eine Aussage zu dem Umfang, der im Anschluss an das Jahr 2027 noch kommen werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenerberger (SenFin) teilt mit, der Wirtschaftsplan 2027 werde derzeit finalisiert und solle in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrats Ende September 2026 beschlossen werden. Durch die Entsperrung gebe es zum einen die Eigenkapitalzuführung. Für die weitere Finanzierung könne die LSFB zum anderen langfristige Kredite aufnehmen, was sie auch tun werde. Um dies zu begleiten, sei in § 3 Absatz 11 Haushaltsgesetz eine Finanzierungsgarantie implementiert. Derzeit zeichne sich ab, dass es die weiteren 80 Mio. Euro über die Entsperrung hinaus voraussichtlich nicht brauchen werde. Im Jahr 2027 würden voraussichtlich ausschließlich Mittel für Anlaufkosten und Betriebsmittel ausgereicht werden.

André Schulze (GRÜNE) schlägt vor, dass er seine beiden Fragen bis zum 4. September 2026 schriftlich einreichen werde, mit der Bitte, diese im Oktober 2026 zusammen mit der Vorlage des Wirtschaftsplans für 2027 zu beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass so verfahren werden könne.

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3081 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I D 13 – vom 27.07.2026

**Zustimmung zu einer Vergabe unter Wert gem. § 63
Abs. 4 S. 1 Alt. 2 LHO**

[3049](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3049 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 13 – vom
19.08.2026
**Einwilligung zur Entsperrung von Haushaltsmitteln
in Kapitel 2990 Titel 83108 für 2026
Antrag zur Aufhebung einer Sperre**

[3092](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3092 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 26 – vom
09.07.2026
**Anmietungsvorlage zur Mietvertragsverlängerung
am Standort Streitstraße 6-7 in 13587 Berlin für die
Unterbringung der zu der Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) gehörenden
Außenstelle im Bezirk Spandau**
gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27

[3042](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3042 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 28 – vom
23.07.2026
**Anmietungsvorlage zur Mietvertragsverlängerung
für den Standort Friedrichstr. 79/ 80, 10117 Berlin
zur Unterbringung des Zentralen Objektschutzes
(ZOS) der Polizei Berlin
hier: Zustimmung zur Ausübung einer vertraglichen
Option**
gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27

[3062](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, zweifellos benötige der ZOS die Räumlichkeiten. Angesichts des erheblichen Mietpreises pro Quadratmeter stelle sich aber die Frage, ob man nicht doch einen Weg finden könne, diese Nutzung in einer öffentlichen oder quasi öffentlichen Liegenschaft unterzubringen. Sei nach einer solchen Alternative gesucht worden?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erwidert, diese Frage habe sich SenFin auch gestellt. Der ZOS sollte sich in der Nähe der zu schützenden Objekte befinden. Denkbar sei auch der Standort Friedrichstraße 219, wo ebenfalls die Polizei angesiedelt sei, aber dieser sei zu klein und weiter von den zu schützenden Objekten entfernt. Es werde fortlaufend geprüft, aber in diesem Fall habe die Prüfung leider keine Alternative aufgezeigt.

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3062 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 28 – vom
26.08.2026
**SILB-Anmietung des Landesamts für
Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung
(LFU vormals LAF) am Standort Oranienburger
Str. 285 (Häuser 2, 6, 14, 17, 18, 22) in 13437 Berlin-
Reinickendorf**
**1. Zustimmung zum Abschluss von SILB-
Mietverträgen**
2. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
**3. Kenntnisnahme der Beantragung der Umsetzung
der notwendigen Mittel**
gemäß Auflage A. 3 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27

[3108](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, es sei etwas Besonderes, dass hier rückwirkend Kosten übernommen würden. Dies werfe die Frage auf, inwieweit es sinnvoll sei, die Unterbringungskosten mit Leerstandskosten zu erhöhen, was hier in einem großen Umfang stattfinde. Schließlich handle es sich auf beiden Seiten um Unternehmen oder Einrichtungen des Landes. Es gäbe auch andere Möglichkeiten. Ihm sei klar, dass der Erwerb einige Folgen hätten, auch Finanzierungsfolgen, die gesichert sein müssten. Es sei alternativlos gewesen, ein Objekt zur Nutzung zu sichern. Jetzt müsse aber in einem erheblichen Umfang Leerstand finanziert werden, damit man den Standort später einmal nutzen oder umbauen könne. Er bitte um eine Erläuterung, warum dies nun auch noch rückwirkend finanziert werden müsse.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) stimmt zu, dass es sich um einen besonderen Fall handle. Zu den Details könne sie in öffentlicher Sitzung nichts sagen. Sie wolle aber darauf hinweisen, dass es künftig nicht nur Leerstand in den gemieteten Gebäude geben werde. Das Flächenkonzept werde noch weiter erarbeitet, weshalb es auch Unterschiede in der Dauer der Mietverträge gebe. Dass während der Sanierung ebenfalls Kosten anfielen, sei nicht unüblich.

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3108 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 A der Tagesordnung

Bericht SenFin – I A 3 – vom 04.06.2026
**Stand der Umsetzung der Neuregelungen der
Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand gem.
§ 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) in der
Gebietskörperschaft Berlin und Bericht über die
verpflichtende Testphase „Abbildung der
Umsatzsteuer im HKR-Verfahren“**
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025)

[1545 C](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) äußert die Ansicht, der Bericht sensibilisiere und rufe Nachfragen hervor. Deshalb habe seine Fraktion dieses vermeintlich nerdige Thema hier noch einmal besprechen wollen. Ende 2026 werde die Regelung in Kraft treten, zumindest habe er nichts Gegenteiliges gehört. Dies bedeute nicht nur, dass ab 2027 irgendwann am Jahresabschluss etwas zu tun sein, sondern es bedeute auch, dass entsprechend Rechnungen gestellt werden müssten, entsprechend gebucht sowie die Voranmeldung entsprechend durchgeführt werden müsse. Die Dinge müssten also von Anfang an funktionieren. Der Bericht sei von Juni 2026. Er hoffe sehr, dass hier über die Sommermonate noch Entscheidendes unternommen worden sei. Dennoch habe er Nachfragen.

SenFin stelle in dem Bericht dar, worin die Herausforderungen lägen: Man müsse das Ganze organisatorisch umsetzen, steuerrechtliche Fragestellungen klären und technische Anpassungen vornehmen. Die organisatorische Umsetzung sei die Grundlage. Seinem Verständnis nach müsse man die Einheiten bestimmen, innerhalb derer in der Verwaltung die Verantwortung dafür übernommen werde, wie die Umsatzbesteuerung letztendlich vorgenommen werden werde. In dem Bericht heiße es, die Umsetzung sei „frühzeitig“ eingeleitet worden und Organisationsentscheidungen befänden sich „vollumfänglich und fortgeschritten in der Bearbeitung“. Diese Formulierungen lösten zumindest bei ihm die Wahrnehmung aus, hier wolle jemand beruhigen, und verursachten dadurch das Gegenteil. Dies bedeute, dass jedenfalls zum Zeitpunkt des Berichts die Frage, in welchen Organisationseinheiten und Verantwortlichkeiten das Thema umgesetzt werden solle, noch nicht vollständig geklärt gewesen sei. Was sei hier der derzeitige Stand?

Auch bei der steuerrechtlichen Bewertung fänden sich ähnliche Formulierungen: Einnahme- und Vertragsinventuren seien „zum überwiegenden Teil durchgeführt“ worden, und Fragen würden beantwortet werden. Einzelne Gebührenordnungen seien „noch nicht abschließend geprüft“. Richtigerweise werde darauf verwiesen, dass ein Schwerpunkt die Vorsteuer und die Vorsteueraufteilung sei. Dies mache es kompliziert bzw. komplex. In dem Bericht heiße es, dass Kurse stattfänden und dass Workshops intensiviert würden. Wann solle dies abgeschlossen sein? Sei gewährleistet, dass man sich auf einem Weg befinde, der dazu führen könne, dass es dann auch funktioniere? SenFin verweise zu Recht darauf, dass diese Aufgabe die Verwaltung über das Jahr 2026 hinaus begleiten werde. Dies könne einerseits eine Selbstverständlichkeit sein, weil man mit einer solchen Aufgabe ohnehin immer beschäftigt sei. Es könne aber auch ein Hinweis darauf sein, dass die Vorbereitungen eben nicht rechtzeitig abgeschlossen werden würden und hier noch einiges zu tun sei.

Zum Thema technische Anpassung schreibe SenFin, Erklärungspflichten könnten grundsätzlich abgebildet werden, aber nur als „Übergangslösung“. Was bedeute es, wenn es heiße, dass eine „weiterentwickelte“ und „automatisierte Systemlösung“ dann die Übergangslösung ersetzen müsse? Sei das innerhalb der derzeitigen Verfahren möglich, oder bedeute es die Erfordernis, hier ganz neue Wege zu gehen? Es sei eine Abfrage gemacht worden, die einen Überblick darüber liefere, dass die Vorbereitungen eine „unterschiedliche Intensität und Reife“ hätten und ein „gestuftes“ Erscheinungsbild vorliege, „bis hin zu noch nicht begonnenen Erprobungen“.

Ihm sei klar, dass es sich um ein vielschichtiges Thema handle. Man müsse sich aber überlegen, wo man stehe und wie man damit zurechtkommen wolle. Das Fazit von SenFin sei, dass die Schwierigkeiten aufgrund einer „erheblichen Komplexität“ bestünden und nicht nur etwas mit Sonderfällen zu tun hätten, sondern dass dem Verwaltungshandeln ein „Zusammenspiel mehrerer struktureller Faktoren“ eigen sei. Auch dies könnte man so lesen, dass auch hier noch einige strukturelle Fragen geklärt werden müssten, um damit umgehen zu können. Insofern bitte er um eine Einschätzung, wo man mit der Vorbereitung stehe, inwieweit dieser Prozess noch im Jahr 2026 zu bewältigen sei und wie man damit umgehen werde, falls dies nicht gelingen sollte.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) führt aus, § 2b UStG sei 2016 in Kraft getreten, mit Optionsregelungen, bis zu einem Stichtag X noch das alte Regime anzuwenden, die mehrfach verlängert worden seien. Derzeit habe man keine Hinweise darauf, dass eine erneute Verlängerung anstehe; die Neuordnung werde also tatsächlich ab dem 1. Januar 2027 für alle anzuwenden sein. Das Land Berlin habe sich sehr früh auf den Weg gemacht, um die angesprochenen Fragen zu klären. Die Verantwortlichkeiten seien festgelegt. Dies sei nicht zentral geregelt, sondern jede Behörde, jede Fachverwaltung gebe die Steuererklärung für sich ab. Hier seien auch die organisatorischen Entscheidungen zu treffen, in welcher Abteilung dies angesiedelt werden solle.

In ihrer früheren Funktion als Abteilungsleiterin im Bereich Steuern beim Bundesministerium der Finanzen habe sie seit 2016 immer wieder neue Fragen, die im Zusammenhang mit dem § 2b aufgetreten seien, mit den Abteilungsleitungen für Steuern in den Ländern und weiteren Betroffenen abstimmen müssen. Da auch das Steuerrecht im Übrigen sich immer wieder wandle, ergäben sich immer wieder Auslegungsfragen hinsichtlich des § 2b. Insofern handle es sich um einen laufenden Prozess, genauso wie die Schulungen ein laufender Prozess sein würden. Sie könne verstehen, dass manche Formulierungen nach dem Verständnis des Abgeordneten Zillich darauf hindeuteten, dass man noch nicht fertig sei. Wahrscheinlich werde man ehrlicherweise auch nie fertig werden, weil ständig etwas Neues hinzukomme, das bewertet werden müsse. Die Fragen seien aber beantwortet. Das HKR-Verfahren sei in MACH, dem Nachfolger von ProFiskal, hinterlegt. Die Fachverwaltungen hätten verschiedenste Verordnungen angepasst. In den Haushaltsberatungen habe man diverse Titel für die Einnahmen und Ausgaben, die sich daraus ergäben, eingerichtet. Dies als Überblick; für die einzelnen Fachverwaltungen könne Sie nicht im Detail sprechen.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, aus seiner Sicht spreche der Bericht eine andere Sprache. Beispielsweise bei den Organisationseinheiten stehe nicht, dass diese definiert seien, sondern dass die Entscheidungen sich „vollumfänglich und fortgeschritten in der Bearbeitung“ befänden. Sei schon bekannt, wie viele und welche Organisationseinheiten es geben

werde? Dies seien möglicherweise nicht nur Senatsverwaltungen, sondern auch nachgeordnete Einrichtungen, Bezirksverwaltungen usw. Wenn SenFin erkläre, dass man so gut wie möglich vorbereitet sei, sei er zu Unrecht misstrauisch gewesen. Der Bericht rufe allerdings diese Fragen hervor. Er bitte dennoch darum, die Erhebung über die einzelnen Verwaltungen im Nachgang in einer nicht nur kursorischen Zusammenfassung dargestellt zu bekommen. Nicht nur SenFin müsse tun, was notwendig sei, sondern auch die einzelnen Verwaltungen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) äußert, dem Berichtswunsch komme ihr Haus gern nach. Im Übrigen sei man so gut vorbereitet, wie man sein könne. Man könne aber nicht ausschließen, dass es in der Umsetzung zu Herausforderungen kommen werde. Der Bericht sei vom 4. Juni 2026, also aus der Zeit der Transformation zu MACH. Aus dem Bericht gehe auch hervor, dass angestrebt sei, das Verfahren weiter zu etablieren und möglichst zu automatisieren.

Steffen Zillich (LINKE) bekundet, er danke der Staatssekretärin für die Aussage, die sie bezüglich des Vorbereitungsstands für den Senat getroffen habe. Er nehme diese zur Kenntnis und hoffe sehr, dass sie mit ihrer Einschätzung richtig liege.

Er habe noch eine konkrete Nachfrage hinsichtlich des HKR-Verfahrens und des im Bericht aufgeführten Erneuerungs- oder Implementierungsbedarfs, der sich dort nach einer Übergangslösung ergeben werde. Was bedeute dies? Seien hier neue Konfigurationen oder grundsätzliche Änderungen an den Systemen erforderlich, oder sei die systemische automatisierte Ablösung der Übergangssysteme im Rahmen der Systeme machbar?

Oliver Rohbeck (SenFin) legt dar, der Prozess der Transformation von ProFiskal in das andere HKR-Verfahren MACH habe mehrere Dimensionen. Zum einen sei er jetzt nach diesem Bericht schlichtweg erledigt. Berlin buche flächendeckend in der neuen Software; eine große Kraftanstrengung mit den entsprechenden Prioritäten. Zum Zweiten: Im deutschen oder auch europäischen Kontext gebe es keine Software mehr, die kameral denke oder buche, weil diese nicht skalierbar sei. Deswegen gehe es grundsätzlich darum, eine doppische Software auf die erforderlichen kameralen Informationen umzugestalten. Dies sei Bestandteil des Vergabeprozesses gewesen, berge aber im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerbuchung die Herausforderung, dass ein doppisches System zwar den Brutto- in einen Nettobetrag umwandeln könne oder umgekehrt, dies aber bei § 2b gar nicht die Herausforderung sei, weil nicht jede Einnahme eine Umsatzsteuerbuchung nach sich ziehe. Deswegen werde sehr viel Wert darauf gelegt, das Personal zu qualifizieren, weil es nicht am technischen Aspekt hänge, sondern an der Fachkompetenz.

Die besondere Herausforderung sei gewesen – darauf ziele der Begriff „Übergang“ in dem Bericht –, dass man ein Verfahren, das man in der Software ProFiskal vorher etabliert habe, also die Abbildung über Kosten- und Ertragsarten, in die doppische Software MACH übertragen habe, obwohl diese eine andere Logik biete als die kamerales Software ProFiskal, die keine Umsatzsteuer gekannt habe. Die doppische Software MACH, die jetzt kameral genutzt werde, habe also beim Transmissionsprozess, dem sogenannten Cut-over, dieses schwierige Problem lösen müssen. Deswegen habe man sich im Projekt dafür entschieden, zunächst die alte kamerales Variante zu übernehmen, und transformiere diese jetzt in die modernere Umgebung der MACH-Software, sodass man den Automatismus der Umsatzsteuerkontierung mitnehmen könne. Dies sei ein hochkomplexer Vorgang, der derzeit laufe. Man sei noch in der

Umsetzung. Deswegen greife auch das vorher etablierte Berichtswesen, das man entwickelt habe, um den Kolleginnen und Kollegen ein Informationssystem zu bieten, auf die alte Logik zu und müsse ebenfalls auf die neue Logik umgestellt werden. Diese Schwierigkeiten würden nicht bis zum 31. Oktober 2026 behoben sein, sondern würden andauern. Dies bedeute aber an keiner Stelle, dass irgendeine transparente Information der Umsatzsteuerverpflichtungen nicht gegeben wäre.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1545 C zur Kenntnis.

Punkt 10 B der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I A 13 – vom
21.07.2026

Gewinnabführungen landeseigener Unternehmen im Haushaltsplan 2026/27

(Berichtsauftrag aus der 102. Sitzung vom 13.05.2026)

[2649 A](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

André Schulze (GRÜNE) merkt an, der Bericht sei schon vor anderthalb Monaten verfasst worden. Bezüglich der Gewinnabführung bei den Berliner Wasserbetrieben – BWB – habe damals noch kein Beschluss der Gewährträgerversammlung vorgelegen. Sei dies inzwischen anders bzw. sei ein Beschluss geplant, oder gebe es inhaltliche Bedenken dagegen?

Steffen Zillich (LINKE) erläutert, seine Fraktion habe den Bericht auch deswegen beantragt, weil es in unterschiedlichen Ausschüssen unterschiedliche Erwägungen seitens des Senats gegeben habe, inwieweit Kapitalentnahmen sinnvoll und erforderlich seien. Insofern sei der Bericht eine Klarstellung des aktuellen Stands und seien Zahlen, die über Kapitalentnahmen bei BSR und BWB im Umlauf gewesen seien, relativiert worden. Die Frage hinsichtlich der Gewährträgerversammlung interessiere ihn ebenfalls. Insbesondere bei den BWB, aber auch bei der BSR stelle sich die Frage, inwieweit man jetzt Ergebnisse abführe oder Kapital entnehme, auch vor dem Hintergrund, inwieweit man die Ertragsbedingungen für diese Unternehmen auch in dem Maße ändere, wie es zumindest politisch verkündet und geplant gewesen sei, was die Umstellung der Kalkulationsbedingungen betreffe.

Bei dieser Gelegenheit wolle er die Frage stellen, was eigentlich der Stand beim Betriebe-Gesetz sei bzw. bei dessen Änderung, die schon einmal auf einer Tagesordnung des Senats gestanden habe und sogar als beschlossen verkündet worden sei, was dann doch nicht der Fall gewesen sei. Es gebe die Zusage des Senats, die Kalkulationsgrundlagen und die Vorgaben für die Eigenkapitalverzinsung und die Überführung in die Gebührenberechnung zu ändern oder zumindest so zu liberalisieren, dass man dort eine Umstellung vornehmen könne. Offensichtlich gebe es auch einen Gesetzentwurf, dieser sei aber seines Wissens noch nicht im Abgeordnetenhaus angekommen. Eine Änderung des Betriebe-Gesetzes würde die Ertragsbedingungen der AöR durchaus beeinflussen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) antwortet, der Beschluss der Gewährträgerversammlung werde wie avisiert am 30. Juli 2026 erfolgen. Die anderen Fragen werde sie zur schriftlichen Beantwortung an die zuständigen Senatsverwaltungen weiterleiten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob es möglich sei, die Antworten binnen eines Monats vorzulegen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bejaht dies.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2649 A zur Kenntnis.

Punkt 10 C der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I G 14 – vom
14.08.2026
**Hardenbergstr. 6 (Renaissance-Theater),
Gegenüberstellung von Kosten und Einnahmen zur
Untersetzung des Vermietungskonzepts**
(Berichtsauftrag aus der 104. Sitzung vom 24.06.2026)

[2939 A](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Steffen Zillich (LINKE) fasst zusammen, der Ausschuss habe für den Ankauf und Umbau der Liegenschaft Hardenbergstr. 6 durch die Berliner Bodenfonds GmbH basierend auf einer Erhebung über den Zustand des Gebäudes eine Entsperrung für Kapitalzuführungsmittel freigegeben. Laut dem Bericht hätten nähere Untersuchungen nun ergeben, dass die Kosten für den Umbau doch bedeutend höher ausfallen würden als zunächst berechnet. Damit werde die Kapitalzuführung wieder infrage gestellt, weil mit ihr ein unwirtschaftliches Geschäft finanziert würde. Welche Konsequenzen ziehe der Senat aus dieser Entwicklung? Müsse das Geschäft abgesagt werden, oder seien andere Maßnahmen möglich?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bittet zu beachten, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handele, sodass die Diskussion unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortgeführt werden müsse. Sie schlage stattdessen vor, die Frage schriftlich zu beantworten.

Steffen Zillich (LINKE) bekundet sein Einverständnis.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2939 A zur Kenntnis.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.07 Uhr bis 14.34 Uhr]

Bezirke

Punkt 11 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Friedrichshain-Kreuzberg
vom 25.08.2026

Neuanmietung des Soziokulturellen L auf dem RAW-Gelände

1. Zustimmung zum Abschluss eines Mietvertrages
**2. Kenntnisnahme von der Absicht des Bezirksamtes
Friedrichshain-Kreuzberg, zur haushaltsmäßigen
Absicherung des Mietvertrags bei Kapitel 4200, Titel
51801 in 2026 außerplanmäßige
Verpflichtungsermächtigungen**
gemäß Auflage A. 2 und A. 4 – Drucksache 19/2828
zum Haushalt 2026/27

[3107](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die Öffentlichkeit zur Beratung der vertraulichen Vorlage ggf. ausgeschlossen werden müsse.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, welche Perspektiven es für die Zeit nach der auf drei Jahre angelegten Übergangslösung für das Soziokulturelle L – SKL – gebe. Solle das Bezirksamt weiterhin als Mieter fungieren, oder sollten andere Akteure des Landes einbezogen werden? – Welchen Stand gebe es bei den Verhandlungen zur Vereinbarkeit der derzeitigen Nutzung des Areals mit einer möglichen Wohnbebauung durch die Investoren? – Im Bericht stehe, dass Teile der Mietzahlungen für Investitionen in den Bestand verwendet werden sollten. Wie werde sichergestellt, dass der Eigentümer das auch umsetze?

Bezirksstadtrat Florian Schmidt (BA Friedrichshain-Kreuzberg; Abt. für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung) erläutert, es sei von vornherein Planungsziel gewesen, das SKL mit einem städtebaulichen Vertrag, an dem bereits gearbeitet werde, für die nächsten 30 Jahre zu sichern. Mit der Festsetzung des Bebauungsplans solle ein zuvor ausgehandelter Generalmietvertrag in Kraft treten, der vorsehe, dass ein Generalmieter das SKL im aktuellen baulichen Zustand für eine sehr geringe, symbolische Miete übernehmen, dafür aber selbst für die Instandhaltung verantwortlich sein solle. Hierzu habe es erste Verhandlungen mit der Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH – GSE – gegeben, welche die GSE unter anderem deshalb abgebrochen habe, weil der Eigentümer sich geweigert habe, ein Bausubstanzgutachten in Auftrag zu geben. Dies habe der Bezirk mittlerweile nachgeholt, um eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu haben.

Für die Interimszeit bis zum Zustandekommen des Bebauungsplans und des Generalmietvertrags sei vertraglich festgeschrieben, dass ein bestimmter Teil der Mieteinnahmen in den Erhalt der äußerst sanierungsbedürftigen Bausubstanz zu fließen habe. Es sei geplant, für diese Übergangszeit einen Geschäftsbesorgungsvertrag in Höhe von voraussichtlich 214 000 Euro netto auszuschreiben, der ggf. in die Bereiche der einfachen Verwaltungsaufgaben und der Begleitung der Baumaßnahmen aufgeteilt werde. Anschließend müsse zeitnah im Rahmen eines transparenten Verfahrens ein Generalmieter gefunden werden. Dabei solle es sich auf jeden Fall um einen eigenständigen, dritten Akteur handeln; es sei aber möglich, dass das

Land Berlin ihn bei der Bewirtschaftung des Geländes unterstütze. Im Gespräch für diese Funktion seien die Berliner Immobilienmanagement GmbH und erneut die GSE gewesen – beide eher mit abschlägigen Bescheiden –, aber auch die ZUSAMMENKUNFT Berlin eG – Genossenschaft für Stadtentwicklung, die das Haus der Statistik verwalte. Er stelle klar, dass mit dem Gelände kein großer Profit zu machen sei.

Zur Frage nach der Vereinbarkeit der aktuellen Nutzung des SKL mit einer eventuellen Wohnbebauung sei zu berichten, dass die Kurth Immobilien GmbH – Kurth-Gruppe – ihre Beteiligung unabdingbar an die Möglichkeit geknüpft habe, das Areal des sogenannten Berlin Forest bebauen zu können. Die bisherige Zusammenarbeit habe sich schwierig gestaltet: Es sei geprüft worden, ob mithilfe des Bauturbos eine vorzeitige Wohnnutzung ermöglicht werden könne, was die Kurth-Gruppe letztlich verworfen habe; zudem habe es Konflikte mit den derzeitigen Nutzern des SKL gegeben. Inzwischen gebe es aber einen dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Zeitplan; an dem dort vorgesehenen Schallgutachten werde seit zwei Wochen gearbeitet. Ein erster Zwischenbericht sei in der kommenden Woche zu erwarten; insgesamt werde der Prozess aber fünf bis max. neun Monate in Anspruch nehmen. Auf der Basis dieses Gutachtens sei dann zu überlegen, welche Schallschutzmaßnahmen ergriffen werden müssten. Finanziert werden könnten diese zum Beispiel durch den Schallschutzfonds des Landes, aber auch der Investor müsse bei der Neubauplanung mögliche Maßnahmen einkalkulieren. Der Bezirk spreche sich auf jeden Fall für den Erhalt des SKL und der Clubkultur auf dem Areal aus. Sollte sich in den Gutachten abzeichnen, dass es nicht möglich sein werde, das mit dem Wohnungsbau zu vereinbaren, werde die Entscheidung zugunsten des SKL fallen, wofür er einen Änderungsbeschluss beim Bezirksamt einbringen werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3107 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Friedrichshain-Kreuzberg – BzBm – vom 18.08.2026 [3091](#)
Haupt
- Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 70332 – Bethanien – Unterkonto 202 –
Bethanien**

- b) Schreiben BA Friedrichshain-Kreuzberg – BzBm – vom 19.08.2026 [3093](#)
Haupt
- Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen**
- Titel 70332 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Friedrichshain-
Kreuzberg**
- Titel 88332 – Sonstige Investitionen aus dem SV des
Bundes für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache den Schreiben rote Nrn. 3091 und 3093 wie beantragt zu und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung

- Schreiben BA Mitte – JugFamGes L – vom 18.08.2026 [3075](#)
Haupt
- Kapitel 9810 – Sondervermögen Infrastruktur der
Wachsenden Stadt (SIWA) – Deckungskreis 18 – BA
Mitte für Pauschale Sonstiges**
- Titel 73019 – Abriss und Neubau der Kinder- und
Jugendfreizeiteinrichtung Edinburger Straße 55**
- Antrag auf Vorfinanzierung der Bundes-
Kofinanzierungsmittel für die Maßnahme Abriss
und Neubau der Kinder- und Jugendfreizeit-
einrichtung Edinburger Straße 55 bei Titel 73019 zu
Lasten der allgemeinen Verstärkungsreserve**
- Antrag auf Finanzierung der Mehrkosten zu Lasten
der allgemeinen Verstärkungsreserve**
- gemäß § 4a SIWA ErrichtungsG

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) dankt SenFin dafür, dass sie durch die Vorfinanzierung ein gutes Projekt so konstruktiv unterstütze.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3075 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Mitte – OrdUmSGAL – vom 27.07.2026 [3041](#)
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 70331 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Mitte Haupt
- b) Schreiben BA Mitte – StadtFM L – vom 04.08.2026 [3045](#)
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 88331 – Sonstige Investitionen aus dem SV des
Bundes für den Bezirk Mitte Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache den Schreiben rote Nrn. 3041 und 3045 wie beantragt zu und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

- Schreiben BA Charlottenburg-Wilmersdorf – Fin L – [3103](#)
vom 19.08.2026 Haupt
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 70334 – [Infrastrukturinvestitionen aus dem
Sondervermögen des Bundes für den
Charlottenburg-Wilmersdorf

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3103 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 16 der Tagesordnung

Schreiben BA Spandau – HaushL – vom 15.07.2026
**Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden
Stadt (SIWA), Kapitel 9810**
Deckungskreis 22 – BA Spandau für Pauschale
Sonstiges
Titel 71038 – Neubau eines Großspielfeldes
Titel 71039 – Errichtung eines Fitnessparcours am
Rohrdamm
Titel 71041 – Erweiterung Landschaftsfriedhof
Gatow
Antrag Änderung des Bedarfsprogramms
gemäß § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO

[3084](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3084 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Spandau – HaushL – vom 13.08.2026
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 70335 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Spandau
- b) Schreiben BA Spandau – HaushL – vom 13.08.2026
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 88335 – Sonstige Ausgaben für Investitionen
aus dem SV des Bundes für den Bezirk Spandau

[3065](#)
Haupt

[3066](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache den Schreiben rote Nrn. 3065 und 3066 wie beantragt zu und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung

Sammelvorlage BA Steglitz-Zehlendorf –
Bezirksbürgermeisterin – vom 10.08.2026

[3061](#)
Haupt

**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen:**

**Titel 70336 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf und
Titel 88336 – Sonstige Investitionen aus dem SV des
Bundes für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf**

hierzu: Vorschlag der Fraktion der CDU und der Frakti-
on der SPD für einen Maßgabebeschluss

André Schulze (GRÜNE) bittet darum, dass über den Maßgabebeschluss getrennt abge-
stimmt werde. Seine Fraktion werde diesen ablehnen. Es irritiere ihn, dass die Maßnahme
Nr. 8 – Beschaffung von Parkautomaten zur Parkzonenerweiterung – blockiert werden solle,
weil sie bereits im Konsolidierungskonzept des Bezirks Steglitz-Zehlendorf gestanden habe
und diesem im UA Bezirke einstimmig zugestimmt worden sei. Auch ein entsprechenden
Beschluss des Bezirksamtes liege vor. – Gleichwohl werde seine Fraktion der Vorlage insge-
samt zustimmen, weil die anderen Maßnahmen ebenfalls als gerechtfertigt angesehen würden.

Christian Goiny (CDU) bekundet, es gehörte nicht zu den Kernaufgaben der Infrastruktur,
die Parkraumbewirtschaftung auszuweiten. – Inhaltlich kritisiere seine Fraktion, dass es keine
Kommunikation oder Abstimmung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gegeben habe.

Der **Ausschuss** stimmt mehrheitlich dem Maßgabebeschluss zu. Anschließend stimmt er ein-
stimmig dem Schreiben rote Nr. 3061 einschließlich des Maßgabebeschlusses zu.

Punkt 19 der Tagesordnung

Schreiben BA Tempelhof-Schöneberg – BzBm – vom
13.08.2026

[3077](#)
Haupt

**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes –**

**Zustimmung zur Aufnahme folgender Maßnahme
Titel 70337 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg
Titel 88337 – Sonstige Investitionen aus dem SV des
Bundes für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg**

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3077 wie beantragt zu und
nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 20 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Neukölln -StadtUmVerkehr Dez 1 – vom 16.06.2026 [2972](#)
Haupt
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender Maßnahme:
NEU Titel 88338 Sonstige Investitionen aus dem SV des Bundes für den Bezirk Neukölln
(in der 104. Sitzung am 24.06.2026 zur Sitzung am 02.09.2026 vertagt)
- b) Schreiben BA Neukölln – BzBm – vom 18.08.2026 [3068](#)
Haupt
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender Maßnahme
Titel 70338 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV des Bundes für den Bezirk Neukölln
Titel 80338 – Sonstige Investitionen aus dem SV des Bundes für den Bezirk Neukölln
- c) Schreiben BA Neukölln – BzBm – vom 18.08.2026 [3069](#)
Haupt
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –
Zustimmung zur Aufnahme folgender Maßnahme
Titel 70338 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV des Bundes für den Bezirk Neukölln
Titel 80338 – Sonstige Investitionen aus dem SV des Bundes für den Bezirk Neukölln
- d) Schreiben BA Neukölln – BzBm – vom 18.08.2026 [3072](#)
Haupt
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender Maßnahme
Titel 70338 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV des Bundes für den Bezirk Neukölln

- e) Schreiben BA Neukölln – BzBm – vom 18.08.2026 [3073](#)
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 70338 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Neukölln
Titel 80338 – Sonstige Investitionen aus dem SV des
Bundes für den Bezirk Neukölln Haupt
- f) Schreiben BA Neukölln – BiKuSport Dez – vom [3074](#)
18.08.2026 Haupt
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme
Titel 80338 – Sonstige Investitionen aus dem SV des
Bundes für den Bezirk Neukölln

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, das Schreiben rote Nr. 2972 unter 20 a sei vertagt worden.

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache den Schreiben rote Nrn. 3068, 3069, 3072, 3073 und 3074 jeweils in Einzelabstimmung wie beantragt zu und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Punkt 21 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Treptow-Köpenick – BzBm – vom [3063](#)
21.07.2026 Haupt
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem
Sondervermögen des Bundes – Zustimmung zur
Aufnahme folgender Maßnahmen
Titel 70339 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Treptow-Köpenick
- b) Schreiben BA Treptow-Köpenick – BzBm – vom [3064](#)
30.06.2026 Haupt
Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem
Sondervermögen des Bundes – Zustimmung zur
Aufnahme folgender Maßnahmen
NEU Titel 88339 – Sonstige Investitionen aus dem
SV des Bundes für den Bezirk Treptow-Köpenick

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache den Schreiben rote Nr. 3063 und 3064 wie beantragt zu und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Punkt 22 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Marzahn-Hellersdorf – Fin 1 – vom 05.08.2026 [3051](#)
Haupt
**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen
NEU Titel 88340 – Sonstige Investitionen aus dem
SV des Bundes für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf**
- b) Schreiben BA Marzahn-Hellersdorf – Fin 1 – vom 11.08.2026 [3057](#)
Haupt
**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen
Titel 70340 – Investitionen aus dem SV des Bundes
für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf
hier: Erweiterungsbau der Brunnenanlage auf dem
Rathausvorplatz Helene-Weigel-Platz
(Ukt. 360), Baumaßnahmen im Bürodienstgebäude
Premnitzer Str. 11 (Ukt. 361, 362)**
- c) Schreiben BA Marzahn-Hellersdorf – Fin 1 – vom 11.08.2026 [3058](#)
Haupt
**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen
NEU Titel 88340 – Sonstige Investitionen aus dem
SV des Bundes für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf**

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache den Schreiben rote Nrn. 3051, 3057 und 3058 jeweils wie beantragt zu und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Punkt 23 der Tagesordnung

Schreiben BA Lichtenberg – SchulSp C (k) – vom
29.07.2026

[3040](#)
Haupt

**Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden
Stadt (SIWA)**

**Deckungskreis 1 – Schulbau Hauptverwaltung
Neu: Titel 76052 – Umsetzung Containeranlage
Salzmannstr. (Lichtenberg)
gemäß § 4a SIWA ErrichtungsG**

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3040 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 24 der Tagesordnung

Schreiben BA Lichtenberg – Fin H – vom 27.07.2026

[3039](#)
Haupt

**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen**

**Titel 70341 – Infrastrukturinvestitionen aus dem SV
des Bundes für den Bezirk Lichtenberg**

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3039 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 24 A der Tagesordnung

Schreiben BA Lichtenberg – SchulSp C (k) – vom
21.08.2026

[3113](#)
Haupt

Antrag auf

**a) Einwilligung zur Aufhebung der Sperre der nach
§ 24 Absatz 3 Satz 3 LHO i.V.m. § 7 Abs. 1
Haushaltsgesetz 2026/2027 qualifiziert gesperrt
veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungser-
mächtigungen sowie Bericht über das Prüfergebnis
der BPU gem. Nr. A. 15a) der Auflagen zum
Haushalt 2026/2027 sowie**

**b) Zustimmung gemäß § 24 Absatz 5 Satz 2 LHO zur
Änderung des Bedarfsprogramms für die
Maßnahme**

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3113 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 25 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Reinickendorf – Haush L (k) – vom 15.07.2026 [3031](#)
Haupt
**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen Titel 88342 – Sonstige Investitionen aus
dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk
Reinickendorf**
- b) Schreiben BA Reinickendorf – Haush L (k) – vom 15.07.2026 [3032](#)
Haupt
**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahmen Titel 70342 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes für den Bezirk Reinickendorf**
- c) Schreiben BA Reinickendorf – Haush L (k) – vom 15.07.2026 [3033](#)
Haupt
**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme Titel 88342 – Sonstige Investitionen aus
dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk
Reinickendorf**
- d) Schreiben BA Reinickendorf – Haush L (k) – vom 21.07.2026 [3034](#)
Haupt
**Investitionen der Bezirke aus dem Kapitel 2980 –
Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen
des Bundes – Zustimmung zur Aufnahme folgender
Maßnahme Titel 88342 – Sonstige Investitionen aus
dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk
Reinickendorf**

Stefan Ziller (GRÜNE) bezieht sich auf das Schreiben rote Nr. 3033, dem er entnehme, dass die IT-Sicherheit erhöht werden solle. Angesichts des jüngsten Hackerangriffs werde die Auffassung vertreten, diesbezüglich einen zentralen Weg zu gehen. Der Bezirk Reinickendorf wolle hingegen einen externen Dienstleister beauftragen, die bezirklich IT zu beschützen. Handele es sich bei dem externen Dienstleister um das ITDZ oder gehe es um einen langfristigen Vertrag? Wie werde sich diese Investition in die sich hoffentlich ändernde Gesamtstrategie des Landes einpassen?

Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbüken-Wegner (BA Reinickendorf; Abt. für Finanzen, Personal und Bürgerdienste) erwidert, es handele sich nicht um einen langfristigen Vertrag, sondern um eine Übergangslösung, damit die Arbeitsfähigkeit überhaupt aufrecht erhalten werden könne.

Der **Ausschuss** stimmt den Schreiben rote Nrn. 3031 bis 3034 im Block wie beantragt zu und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 26 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache 19/3182

**Bundratsinitiative zur Einführung eines
Mindestprüfungsintervalls für Steuerprüfungen bei
Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften**

(in der 104. Sitzung am 24.06.2026 zur Sitzung am
02.09.2026 vertagt)

[2848](#)

Haupt

BuEuMe

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BuEuMe vom 03.06.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Vertagt – siehe auch „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 27 der Tagesordnung

Schreiben RBm – Skzl vom 18.08.2026

**Vergabe einer Rahmenvereinbarung über
Beratungsdienstleistungen zu dem Projekt
„Vergabestrukturereform“**

hier: Zustimmung

gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3079](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3079 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 27 A der Tagesordnung

Bericht RBm – Skzl – VI C 36 – vom 17.06.2026

Zentralisierung und Standardisierung IKT-Betrieb
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

[2734 A](#)

Haupt

Franziska Brychcy (LINKE) entnimmt dem Bericht, die vom Hackerangriff betroffene Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt habe keine, die ebenfalls betroffene Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen lediglich eine Servicestufe abgeschlossen. Auch bei den Bezirken sehe es nicht gut aus. Was plane der Senat, um diesen Zustand schnellstmöglich zu beheben?

Stefan Ziller (GRÜNE) bekundet, der Bericht erschrecke ihn und er schlussfolgere daraus, dass sich dringend etwas ändern müsse. Solle der Plan nach dem Hackerangriff überarbeitet werden? – Er vermute, dass bislang mit keinem Bezirk Gespräche darüber geführt worden seien, wie die Migration zum ITDZ gelingen könne. Aus seiner Sicht müsse dies dringend geschehen. Er gehe davon aus, dass dieser Prozess nicht bis Ende des Jahres abgeschlossen sein könne. Es müsse betrachtet werden, was sicherheitskritisch sei und deshalb vordringlich bearbeitet werden müsse. Von der Finanzverwaltung wolle er wissen, ob im Rahmen des Haushalts die Möglichkeit bestehe, die Zentralisierung vorzuziehen oder ob es dafür eines Nachtragshaushalts bedürfe.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) unterstreicht, es sei noch keine abschließende Ursachenforschung und Analyse hinsichtlich des Hackerangriffs erfolgt. Derzeit befinde man sich noch in der Phase der Gefahrenabwehr. Allerdings zeichne sich für ihn ab, dass am Ende der Ursachenanalyse über mehr Zentralisierung gesprochen werden müsse. An einer Zentralisierung – organisatorisch, technisch, strukturell und personell – der IKT-Strukturen werde vor allem unter Sicherheitsgesichtspunkten kein Weg vorbeiführen. Auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – BSI – vertrete diese Auffassung. Diese Thematik müsse Gegenstand der kommenden Koalitionsverhandlungen sein. Keinesfalls dürfe einfach zur Tagesordnung übergegangen werden, wenn der Angriff endgültig abgewehrt sei. Es müsse investiert werden, auch in Hardware. Die Verwaltung stehe gern mit ihrer fachlichen Expertise zur Verfügung. – Nach seiner Kenntnis gebe es keinen Zusammenhang zwischen den im Bericht wiedergegebenen Statusberichten und dem aktuellen Angriff.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, derzeit bearbeite der CDO das Thema im Rahmen des Haushaltsvollzugs. Sobald die aus dem Vorfall resultierenden Konsequenzen klar seien und ein Konzept beschlossen sei, könne der Haushaltsgesetzgeber beurteilen, ob dies nachtragshaushaltsrelevant sei oder nicht.

Stefan Ziller (GRÜNE) merkt an, SenFin habe ein eigenes KI-System für ihre Senatsverwaltung auf den Weg gebracht und nicht auf eine zentralisierte IT gesetzt. Werde diesbezüglich umgedacht und die eigene IT überprüft?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) verweist auf die Ausführungen ihres Kollegen, wobei der Senat natürlich gemeinsam handle. – Hinsichtlich der Steuerverwaltung und dem technischen Finanzamt sei bereits im Jahr 2024 eine Verpflichtungsermächtigung beantragt worden, um mit Dataport verhandeln und dorthin migrieren zu können im Rahmen der IT-Nord-Struktur. Die Migration erfolge am kommenden Wochenende.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2734 A zur Kenntnis.

Inneres und Sport – 05

Punkt 28 der Tagesordnung

Schreiben SenInnSport – ZS D 2 Moe – vom
15.08.2026

[3096](#)
Haupt

**Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden
Stadt (SIWA)**

Deckungskreis 44 – Innere Sicherheit

**Titel 84026 – Zuschuss an das SILB für die
Sanierung Dienstgebäude Jüterboger Straße (Kfz-
Zulassungsstelle/LABO)**

**Antrag auf Deckung von Mehrkosten zu Lasten der
allgemeinen Verstärkungsreserve
gemäß § 4a SIWA ErrichtungsG**

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3096 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 28 A der Tagesordnung

Bericht SenInnSport – I E 2 – vom 25.08.2026

[1906 G](#)
Haupt

**Abschlussbericht der AG Zensus – Stand der
Operationalisierung der Maßnahmenvorschläge der
Arbeitsgruppe „Meldewesen“ – Halbjahresbericht**

1. Kenntnisnahme des Berichts

**2. Der Hauptausschuss beschließt, den
wiederkehrenden Berichtsauftrag aus der**

71. Sitzung vom 22.01.2025 als erledigt anzusehen

(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung
vom 22.01.2025 und Berichtsauftrag aus der 99. Sitzung
vom 18.03.2026)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache dem Bericht zu Nr. 1 der roten Nr. 1906 G zur Kenntnis. Er stimmt der Nr. 2 des Berichts rote Nr. 1906 G zu.

Punkt 29 der Tagesordnung

- a) Vertrauliches Schreiben SenInnSport – IV A 13 – vom 17.02.2026
Beauftragung von rechtsanwaltlichen Beratungsleistungen im Rahmen der europaweiten Ausschreibung des Pacht- und Betreibervertrages für die Waldbühne Berlin
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27
[2689](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- b) Bericht SenInnSport – IV A 13 – vom 02.06.2026
Ergebnisse der Prüfung für den Weiterbetrieb der Waldbühne ab 2027
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025)
[2943](#)
Haupt
- c) Bericht SenInnSport – IV A 13 – vom 27.05.2026
Konzept zur Neuvergabe der Waldbühne
gemäß Auflage B. 56 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27
(a) bis c) in der 104. Sitzung am 24.06.2026 zur Sitzung am 02.09.2026 vertagt)
[2944](#)
Haupt
- d) Bericht SenInnSport – IV A 13 – vom 27.07.2026
Sanierungspflichten im Pacht- und Betreibervertrag für die Waldbühne Berlin
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 104. Sitzung vom 24.06.2026)
[2689 A](#)
Haupt

Vertagt – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 30 der Tagesordnung

- Vertrauliches Schreiben SenInnSport – IV D 21 – vom 09.07.2026
Rechtliche Beratung und Begleitung der Planung und Durchführung von geförderten und nicht geförderten Sport(groß)veranstaltungen des Landes Berlin
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum Haushalt 2026/27
[3029](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Silke Gebel (GRÜNE) begrüßt, dass die mit den Sportverbänden geschlossenen Verträge juristisch eng begleitet werden sollten. Angesichts des Umstandes, dass die Aufgabe sehr spe-

ziell sei, gehe sie davon aus, dass nicht viele Anwaltskanzleien über die notwendige Expertise verfügten. Sie vermute vielmehr, dass die Expertise eher in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport vorhanden sei. Wäre es demnach nicht geboten, eigene juristische Expertise zu nutzen anstatt jedes Jahr neu eine Kanzlei zu beauftragen? – Inhaltlich sei ihre Fraktion durchaus für diese Beratung, wolle diese jedoch lieber durch Verwaltungsmitarbeiter erbracht sehen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) kritisiert, die Vorlage liefere keine einzige Zahl, keinen Kostenvergleich, keine Aussage über Stellenausschreibungen oder Amtshilfe. Es werde lediglich davon ausgegangen, dass die externe Beratung kostengünstiger wäre, weshalb man diesen Weg gehen wolle. Die Aussage, es sei keine fachliche Expertise in der Verwaltung für die Aufgabe vorhanden, sei Standard und er stelle die Frage, weshalb keine Expertise aufgebaut worden sei, um die Aufgabe selbst übernehmen zu können.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) stellt fest, die Sportmetropole Berlin stehe vor internationalen Sportgroßveranstaltungen. 2027 stünden weitere NFL-Spiele an, ebenso die Bahnrad-EM und im Jahr 2029 dann die Handball-WM der Männer. Zurzeit befände man sich im Akquiseprozess um den Grand Départ 2029. Nicht zu vergessen sei die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele.

Für derartige Bewerbungen und Durchführung von Veranstaltungen sei spezielle juristische Expertise insbesondere in den Themenfeldern Vertragsmanagement und Vergabeverfahren notwendig. Die aufgezählten Veranstaltungen machten deutlich, dass es immer um herausgehobene Einzelaspekte gehe, die schnell juristisch bearbeitet und beantwortet werden müssten. Dies habe zu der Erkenntnis geführt, dass eine Stelle innerhalb der Senatsverwaltung dafür nicht ausreiche, weil es eben nicht um Alltagsgeschäft gehe.

Silke Gebel (GRÜNE) vertritt die Auffassung, diese Ausführungen sowie die Darlegungen in dem Schreiben hörten sich nach einer Daueraufgabe an. Dies vor allem deshalb, weil Berlin in den kommenden Jahren als attraktive Host City gestärkt werden solle. Mit dem, was die Senatsverwaltung beantrage, könnten keineswegs fünf bis sechs Großveranstaltungen umfasst sein. Werde demnach nur für eine Großveranstaltung juristische Expertise beantragt? Angesichts der Komplexität der Materie könne es nicht viele Juristen geben, die die Aufgabe erfüllen könnten. Hinzu komme, dass diese Personen entweder den Verband oder die Host City beraten könnten, weshalb sie einen Interessenkonflikt vermute.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bestätigt, in der Sache gehe es um hochspezielle Fragestellungen, die nur durch Kanzleien beantwortet werden könnten, die sich mit derlei Sonderprojekten auskennen. Das anwaltliche Vertreten wechselseitiger Interessen sei nach dem Anwalts- sowie dem Strafrecht nicht statthaft, weshalb er gewährleisten könne, dass dies nicht geschehen werde. – Die beschriebene Daueraufgabe bestehe darin, dass sich der Senat dauerhaft um sportliche Großereignisse bewerben wolle.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3029 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 30 A der Tagesordnung

- a) Bericht SenInnSport – IV A 31 – vom 28.05.2026 [2637 A](#)
Berliner Bäder-Betriebe
hier: Finanzierung der Kombibadsanierung in
Mariendorf
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)
Haupt
- b) Bericht SenInnSport – IV A 31 – vom 05.06.2026 [2684 B](#)
Berliner Bäder-Betriebe
Kombibad Marzahn-Hellersdorf –
Machtbarkeitsstudie und Umsetzungszeitplan
(Berichtsauftrag aus der 98. Sitzung vom 04.03.2026)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) ruft in Erinnerung, dass sich SenInnSport und SenMVKU hinsichtlich der Finanzierung der Kombibadsanierung in Mariendorf über eine BENE-2-Finanzierung hätten verständigen sollen. Wie weit seien diese Abstimmungen gediehen?

Hinsichtlich des Kombibades Marzahn-Hellersdorf interessiere ihn, wie der aktuelle Stand aussehe. Seines Wissens sehe das Bezirksamt eine Zieländerung des Bebauungsplans vor. Demnach sei eine neue Fläche im Gespräch, die untersucht werden solle. Welche Auswirkungen habe dies auf die Machbarkeitsstudie, die zumindest ihm nicht bekannt sei? Seiner Erinnerung nach habe die Machbarkeitsstudie abgewartet werden sollen, um die Varianten Halle sowie Halle und Außenbecken zu thematisieren. Dem sollten sich weitere Prozessschritte anschließen. Wenn nun aber das Ziel des Bebauungsplans geändert werde, werde aus seiner Sicht der vor einigen Monaten kommunizierte Zeitplan obsolet. Weshalb solle es einen neuen Standort im Rahmen des Bebauungsplans geben?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, momentan befinde sich die Sportverwaltung mit der SenMVKU über eine Verwaltungsvereinbarung zur fördertechnischen Abwicklung des BENE-2-Vorhabens in der Abstimmung. Diese Verwaltungsvereinbarung sei die Grundlage für die Genehmigung des Antrags auf BENE-2-Mittel. Dieser Sachstand sei in dem Bericht rote Nr. 3637 A bereits berichtet worden.

Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf; Abt. Für Wirtschaftsförderung, Straßen, Grünflächen, Umwelt- und Naturschutz, Personal und Finanzen) wendet sich den Fragen zum Bebauungsplan zu, wozu sie berichten könne, dass es sich um dieselbe Fläche handele. Allerdings hätten die Bäder-Betriebe mitgeteilt, dass eine kleinere Fläche benötigt werde und dass die überbaubare Fläche innerhalb des Geländes vom Süden in den Norden rutsche. Deshalb habe das Planungsziel des Bebauungsplans angepasst werden müssen. Die Änderung bringe es u. a. mit sich, dass weniger ökologischer Ausgleich gezahlt werden müsse.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) merkt an, die Machbarkeitsstudie solle auf politischen Wunsch auch Optionen umfassen und zwar die, die Schwimmhalle um einen Außenbereich mit Außenschwimmbecken und Nebengebäuden zu erweitern. Gegenüber der ursprünglich durchgeführten Machbarkeitsstudie mit einem Multifunktionsbad ergäben sich deutlich andere Anforderungen. Die Machbarkeitsstudie sei noch nicht abgeschlossen, werde

aber Ende September vorliegen. Er betone, dass die Errichtung eines Multifunktionsbades nicht weiter verfolgt werde.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) bezieht sich auf die rote Nr. 2981, in der die Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes in Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes – adressiert seien. Dort werde für die Gewährleistung der Restfinanzierungstranche für das Kombibad Mariendorf dargestellt, dass diese auf jeden Fall im Rahmen des Sondervermögens gesichert sei, sollten keine BENE-2-Mittel zur Verfügung stehen.

Kristian Ronneburg (LINKE) wünscht, dass die Machbarkeitsstudie für das Kombibad Marzahn-Hellersdorf nach deren Vorliegen dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werde. – Habe er es richtig verstanden, dass bei den Ausgleichskosten Kosten entstünden, die durch die Bäder-Betriebe nicht ohne Weiteres getragen werden könnten und deshalb auch aus finanziellen Gründen erwogen werde, einen anderen Standort im Rahmen des Bebauungsplans zu nehmen? Was bedeute die Aussage, dass die Bäder-Betriebe eine kleinere Fläche benötigten?

In der Sache sei ein Beteiligungsverfahren durchgeführt worden und es gebe Einwände, die sich offenbar auf naturschutzrechtliche Aspekte bezögen. Wenn die andere Fläche deshalb genommen werden solle, wolle er wissen, woher die Einschätzung rühre, dass dies planungsrechtlich umgesetzt werden könne. Welche Auswirkungen hätten diese Verzögerungen auf den Zeitplan?

Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf) unterstreicht, es komme zu keiner Verzögerung, weil das Bezirksamt beschlossen habe, dass die Planungsreife gegeben sei. Gleichzeitig sei das Projekt im Jahr 2021 mit einem Bebauungsplan gestartet worden, der den Bau eines Multifunktionsbades zum Ziel gehabt habe. Über die Jahre hätten sich die Planungen hin zu einem Kombibad verändert. Dieses sei wesentlich kleiner als ein Multifunktionsbad. Mittels Machbarkeitsstudie sei eruiert worden, welche Fläche das Straßen- und Grünflächenamt an die Berlin Bäder-Betriebe übertragen müsse, wie die Fläche optimal ausgenutzt werden könne und wo genau innerhalb dieser Fläche was platziert werden müsse. Es müssten zwar gewisse Verfahrensschritte noch einmal überarbeitet werden, dennoch werde davon ausgegangen, dass der mit den Bäder-Betrieben abgesprochene Zeitplan immer noch umgesetzt werden könne.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) sagt zu, der Bitte um Vorlage der Machbarkeitsstudie werde nachgekommen. Die Ausführungen des Abgeordneten Schlüsselburg zur Finanzierung der Maßnahme könne er bestätigen.

Kristian Ronneburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde Fragen zum Kombibad Marzahn-Hellersdorf einreichen, die er bitte, bis Ende Januar 2027 zu beantworten.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2637 A und 2684 B zur Kenntnis.

Justiz und Verbraucherschutz – 06

Punkt 31 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0975

**Gesetz zur Abschaffung der Verwaltungsgebühr für
den Kirchenaustritt**

[1051](#)

Haupt
Recht(f)
KultEnDe*

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses Recht vom 17.06.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Vertagt – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – 07

Punkt 32 der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – I B 28 – vom 06.07.2026
**Freigabe von Mitteln bei durch das
Abgeordnetenhaus von Berlin verstärkten bzw.
neugeschaffenen Gesamt- oder Teilansätzen
Hier: Kapitel 0710, Titel 68569, TA 3 – Zuschüsse
zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie,
Ressourcenschonung und Aufbau eines
Reparaturnetzwerkes –
Zustimmung und Kenntnisnahme
gemäß § 10 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2026/2027**

[3036](#)

Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) bemerkt, für die Zero-Waste-Strategie ständen in diesem Jahr 410 000 Euro zur Verfügung. Seien diese Mittel bereits ausgeschöpft oder verplant und wenn ja, wofür? Könnten die übrigen Mittel, die zur Verfügung ständen, im Sinne der Antragsteller wofür und in welcher Höhe verwendet werden? Welche Ausgaben seien bis zum Jahresende geplant?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erklärt, die Zahlen für den gesamten Mittelabfluss – und nicht nur die zum Reparaturnetzwerk – würden schriftlich nachgereicht. Für diese Sitzung habe er sich für das Reparaturnetzwerk vorbereitet.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3036 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 32 A der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – I B 28 – vom 31.08.2026
**Freigabe von Mitteln bei durch das Abgeordneten-
haus von Berlin verstärkten bzw. neugeschaffenen
Gesamt- oder Teilansätzen
Hier: Kapitel 0710, Titel 68569, TA 5 Zuschüsse zur
Durchführung eines Reparatur-Bonus
Verlagerung von Mitteln
gemäß § 10 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2026/2027**

[3116](#)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt hinsichtlich der Förderrichtlinie, was sich gegenüber dem alten Reparaturbonus verändert habe. Weshalb könne nicht auf die alte Förderrichtlinie zurückgegriffen werden? Ab wann könnten wieder Anträge eingereicht werden?

Oda Hassepaß (GRÜNE) wirft die Frage auf, weshalb der Reparaturbonus erst jetzt wieder eingeführt werde. Auch sie interessiere, ab wann wieder Anträge eingereicht werden könnten.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) führt aus, die neue Förderrichtlinie gelte für den gesamten Doppelhaushalt, weshalb es ihrer bedurft habe. Über die Abwicklung und vor allem die Wirtschaftlichkeit des vorherigen Reparaturbonus habe es eine Diskussion mit dem Rechnungshof gegeben. Es hätten erst Nachfragen beantwortet werden müssen. Derzeit befinde man sich weiter in Abstimmungen mit dem Rechnungshof sowie der Finanzverwaltung. Solange die Abstimmungen nicht abgeschlossen seien, könnten keine Aussagen getroffen werden, wann die Förderrichtlinie in Kraft trete, weshalb er wiederum nicht sagen könne, ab wann Anträge gestellt werden könnten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3116 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 32 B der Tagesordnung

Bericht SenMVKU – StS KU Ref 1 – vom 31.08.2026
**Beauftragung einer externen Begleitung für das Um-
setzungsplanungsprojekt im Rahmen des Klimaan-
passungsgesetzes Berlin (KAnGBln)**
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum Haus-
halt 2026/27

[3119](#)
Haupt

Oda Hassepaß (GRÜNE) schickt voraus, dass ihre Fraktion keine Einwände gegen eine externe Begleitung habe. Allerdings sei das Gesetz bereits vor einigen Monaten beschlossen worden, weshalb sie wissen wolle, was in der Zwischenzeit geschehen sei. Hätte die Beratung nicht gleichzeitig mit Beschluss des Gesetzes beauftragt werden müssen?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erwidert, die Senatsverwaltung befinde sich in der Umsetzung des Gesetzes. Es handle sich um ein Politikplanungsgesetz, dessen Text weit-

gehend von den Initiatorinnen und Initiatoren des Baumentscheids stamme. Die Umsetzung eines solchen Gesetzes sei weitgehend Neuland für die Verwaltung.

Die Klimaanpassungsstrategie und das Klimaanpassungsprogramm würden seit April durch externe Dienstleister erarbeitet. Das Klimaanpassungsprogramm werde im Rahmen der gesetzlichen Frist bis Ende November vorgelegt werden, die Klimaanpassungsstrategie folge später. Der Wissenschaftliche Beirat sei eingerichtet und habe sich vor der Sommerpause konstituiert. Auch der Steuerungskreis sei berufen, der erstmals am 14. September tagen werde. Parallel dazu werde die Geschäftsstelle von Beirat und Steuerungskreis aufgebaut. Derzeit fänden die entsprechenden Vorarbeiten im Rahmen des Umsetzungsplanungsprojektes statt, damit ab Januar 2028 der große Umbau geplant werden könne. Bis dahin werde die gesetzliche Verpflichtung, alle leeren Baumscheiben zu bepflanzen, erfüllt werden, um auf die gesetzlich vorgegebene Zahl von 440 000 Straßenbäumen zu kommen. Momentan gebe es 439 348 Bäume, wobei aufgrund von Sturmschäden und nicht mehr vorhandener Standfestigkeit noch Abgänge hinzukämen. Für die notwendigen Nachpflanzungen seien die Voraussetzungen im Rahmen der Stadtbaumkampagne geschaffen worden. – Gleichwohl werde externe Expertise benötigt, damit ressortübergreifende Planung und Projektmanagement umgesetzt werden könnten.

Oda Hassepaß (GRÜNE) weist darauf hin, dass in den Bezirken bei der Nachpflanzung abgängiger Bäume Verzögerungen bis zu einem Jahr aufträten, bis überhaupt eine Aussage getroffen werde, ob ein Baum nachgepflanzt werde oder nicht. Werde es auch hierfür einen Zeitplan für Beschleunigungsmaßnahmen geben?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) bekundet, genau dies werde das Umsetzungsplanungsprojekt zeigen. Die Stadtbaumkampagne sei auf Bezirke beschränkt. Manchmal könnten einzelne Bäume nicht sofort nachgepflanzt werden, weil die Kampagne reihum die Bezirke erfasse. Dieser Verzögerung solle durch Pflanzrechte für Bürger entgegengewirkt werden. Zunächst müsse jedoch erarbeitet werden, wie genau solch ein Pflanzrecht umgesetzt werden könne. Schließlich müssten die Bürger zunächst einmal Kenntnis davon erlangen, welche hitzeresistenten Bäume sie wo pflanzen dürften. Diesbezüglich würden aktuell die Pflanzlisten mit Bäumen vor dem Hintergrund der Klimaanpassung überarbeitet.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3119 zur Kenntnis.

Punkt 32 C der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|------------------------|
| a) | Bericht SenMVKU – I A 2 (V) – vom 01.06.2026 | 2748 B |
| | EFRE-Mittel und Ausschöpfung Berliner Programm | Haupt |
| | für nachhaltige Entwicklung 2 (BENE 2) | |
| | (Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026) | |

- b) Bericht SenMVKU – I A 2 (V) – vom 11.06.2026 [2748 C](#)
EFRE-Mittel und Ausschöpfung Berliner Programm Haupt
für nachhaltige Entwicklung 2 (BENE 2)
hier: Förderung und Verfahren Mittelabfluss
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

Dr. Hugh Bronson (AfD) erklärt, mit dem Bericht würden die gestellten Fragen nicht ausreichend bzw. gar nicht beantwortet. Der Ausschuss habe wissen wollen, welche Projekte aufgrund des Eigenanteils von 60 Prozent aus der BENE-2-Förderung herausfielen. Es werde berichtet, dass sich dies noch nicht darstellen lasse und Bescheide für neue Vorhaben nicht ausgestellt seien. Die Finanzierung verschiebe sich zudem Richtung öffentlicher Hand, ob Private überhaupt noch zum Zuge kommen könnten, werde weiterhin geprüft.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2748 B und 2748 C zur Kenntnis.

Punkt 33 der Tagesordnung

- Schreiben SenMVKU – I E 41 – vom 20.07.2026 [3038](#)
Freigabe von Mitteln bei durch das Haupt
Abgeordnetenhaus von Berlin verstärkten bzw.
neugeschaffenen Gesamt- oder Teilansätzen
Hier: Kapitel 0710, Titel 68478, TA 6 – Bau-Info
Zentrum –
Zustimmung und Kenntnisnahme
gemäß § 10 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2026/2027

Oda Hassepaß (GRÜNE) wirft die Frage auf, ab wann die Wärmewendeagentur wieder Beratungen durchführen können. Seit wann habe die bisherige BAUinfo keine Beratungen mehr angeboten?

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, die BAUinfo sei weiter in Betrieb gewesen, sodass sich Bürgerinnen und Bürger und Verwaltungsmitarbeiter an die Energieagentur hätten wenden können. Aufgrund des Beteiligungsprozesses bei der Aufstellung des gesamtstädtischen Wärmeplanung sei erkannt worden, dass es einer umfangreicheren Beratung bedürfe. Deshalb sei das Bau-Info Zentrum durch die Wärmewendeagentur ersetzt werden. Der entsprechende Auftrag sei vor der Sommerpause an die Energieagentur erteilt worden. Diese baue derzeit die benötigten Strukturen und Webseiten auf, sei aber auch jetzt bereits ansprechbar für Interessenten.

Oda Hassepaß (GRÜNE) möchte wissen, wie die Umsetzung mit den Bezirken koordiniert werden solle.

Beate Züchner (SenMVKU) berichtet, seit Beginn des Prozesses der gesamtstädtischen Wärmeplanung finde ein Austausch mit den Bezirken statt. Adressat der Wärmewendeagentur seien auch die Bezirke. Es sei vorgesehen, weitere Austauschformate zu etablieren.

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache wie beantragt dem Schreiben rote Nr. 3038 zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 34 der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – III B 3-22 – vom 25.08.2026
Wiedererrichtung des Freilandlabors Britz
hier: Zustimmung
gemäß Auflage B. 51 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2744 B](#)
Haupt

Auf die Frage von **Oda Hassepaß** (GRÜNE), ob weiterhin gelte, dass im Jahr 2026 die Planung stattfinde und 2027 Baubeginn für das Freilandlabor Britz sei, antwortet **Staatssekretär Andreas Kraus** (SenMVKU), der Zeitplan stimme weitgehend. Der Wiederaufbau solle mit den Mitteln, die der Haushaltsgesetzgeber eingestellt habe, sowie der Versicherungssumme erfolgen. Aus Letzterem ergebe sich, den Bau im Rahmen des Zeitplans durchzuführen, weil ansonsten die Mittel verfielen. Der Wiederaufbau orientiere sich im Wesentlichen an den ursprünglichen Planungen. Die Planungen seien so strukturiert worden, dass die Vergabestrategie schnell umgesetzt werden könne. Beteiligt seien die Grün Berlin GmbH, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und die von ihm vertretene Verwaltung. Das Bezirksamt Neukölln sei über das Vorhaben unterrichtet. Momentan werde die baufachliche Stellungnahme der Grün Berlin GmbH durch die Bauverwaltung geprüft.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2744 B wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 34 A der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – IV D 4 – vom 21.08.2026
Zustimmung zur Umsetzung von Mitteln in durch
das Abgeordnetenhaus von Berlin neugeschaffenen
Teilansätzen
Hier: Kapitel 0770, Titel 54010, TA 9 neu – Baustellenkoordination
gemäß § 10 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2026/2027

[3117](#)
Haupt

Oda Hassepaß (GRÜNE) erklärt, auch ihre Fraktion erachte es für notwendig, das bestehende Fachverfahren VISS – Verkehrsinformationssystem Straße – zu überarbeiten. Allerdings gehe aus dem Schreiben nicht hervor, in welcher Form dies geschehen solle und mit welchen Effekten daraufhin gerechnet werden könne.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) sagt zu, die technischen Details würden in einem schriftlichen Bericht nachgeliefert.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3117 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – 08

Punkt 35 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	3089
Drucksache 19/3455	Haupt
Gesetz zur Stärkung der Öffentlichen Bibliotheken im Land Berlin	KultEnDe
(vorbehaltlich der Überweisung durch das Plenum 19/90 am 27.08.2026)	

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses KultEnDe vom 31.08.2026 vor, den Antrag anzunehmen (einstimmig mit CDU und SPD bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und AfD).

Tonka Wojahn (GRÜNE) teilt mit, die Grünenfraktion werde sich der Stimme enthalten, weil das Gesetz erst im letzten Moment vorgelegt worden sei und keine Möglichkeit bestanden habe, es im Fachausschuss zu diskutieren. Auch außerhalb des Verfahrens würden Probleme gesehen. So sei die finanzielle Absicherung der Bibliotheken nach dem Konnexitätsprinzip nicht festgelegt worden, vielmehr werde auf die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen abgestellt.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) unterstreicht, es gebe eine Reihe von Pflichtaufgaben, deren Umsetzungsumfang von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln abhängig sei. Sie kritisiere deshalb, dass es nicht gelungen sei, Bibliotheken als Pflichtaufgabe zu definieren. Eine Pflichtaufgabe hebele den Haushaltsvorbehalt nicht aus. Der Gesetzesantrag sei aus ihrer Sicht mutlos, wenngleich es gut sei, dass überhaupt ein Gesetzentwurf vorliege. – Ihre Fraktion werde einen Änderungsantrag in die Plenarsitzung einbringen und sich heute der Stimme enthalten.

Dennis Haustein (CDU) hält fest, das Gesetz stelle einen Meilenstein für die Berliner Bibliotheken dar. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Gesetz werde „auf den letzten Metern“ „durchgeboxt“, weil die Bibliotheken als Lernorte, Dritte Orte und Orte für Demokratiebildung wichtig seien. Im Fachausschuss sei Anfang Juli besprochen worden, das Gesetz ohne das übliche Verfahren – mit Anhörung im Fachausschuss – zu behandeln. Von den Bibliotheken und den Bibliotheksverbänden gebe es Lob dafür, dass Bibliotheken nunmehr als Institution der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzlich verankert seien.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Antrag – Drucksache 19/3455 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung angenommen werden. – Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 36 der Tagesordnung

Schreiben SenKultGZ – I B 17 (V) – vom 17.08.2026
**Verlängerung Mietvertrag Berliner Ensemble am
Standort Bertolt-Brecht-Platz 1**
gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3067](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3067 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 37 der Tagesordnung

Schreiben SenKultGZ – II A 1 – vom 19.08.2026
**Entsperrung Teilansatz Kapitel 0850 / Titel 68406 –
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
Teilansatz 08 Projekte gegen Antisemitismus und
zur Förderung des interreligiösen Dialogs
Zustimmung zur Aufhebung einer qualifizierten
Sperr**

[3076](#)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt verweist darauf, die Fraktion der CDU und die Fraktion der SPD hätten einen Maßgabebeschluss zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt.

Tonka Wojahn (GRÜNE) wirft die Fragen auf, wie es zu der Entscheidung gekommen sei, lediglich 3 Mio. Euro durch eine Jury zu vergeben und wie das restliche Geld vergeben werden solle.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erläutert, die erwähnten 3 Mio. Euro hätten sich aus den Empfehlungen der Jury ergeben, die insgesamt 33 Projekte zur Förderung empfohlen habe. Um das Instrument auch im Jahr 2027 fortführen zu können und einen größeren zeitlichen Vorlauf zu erreichen, werde die Entsperrung vorsorglich bereits jetzt beantragt. Sollte die Neubildung des Senats zu einer veränderten Priorisierung führen, müsste der Hauptausschuss entsprechend unterrichtet werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3076 wie beantragt mit folgender Maßgabe zu:

„Der Vorlage mit der roten Nummer 3076 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass im Haushaltsjahr 2026 Mittel in Höhe von 28.000 EUR für die Fortführung des Projekts Neue Jüdische Kunstschule sowie im Haushaltsjahr 2027 Mittel in Höhe von 3.000.000 EUR für die Fortsetzung des Aktionsfonds entsperrt werden. Eine Heranziehung des Teilansatzes zur Erbringung der Pauschalen Minderausgabe im Einzelplan 08 unterbleibt.“

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 38 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3155

Berliner Hochschulbaugesellschaftsgesetz (BHGG)

hierzu:

[2814](#)

Haupt(f)
StadtWohn*
WissForsch*

- a) Vertrauliche Anlage zur roten Nummer 2814

[2814 A](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

- b) Bericht SenWGP – V D 1 – vom 19.06.2026
Umsetzungsstand zur Hochschulbaugesellschaft
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

[2989](#)

Haupt

(in der 104. Sitzung am 24.06.2026 zur Sitzung am
02.09.2026 vertagt)

- c) Bericht SenWGP – V D 1 – vom 29.06.2026
Pilotbauprojekten der Hochschulbaugesellschaft
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

[3016](#)

Haupt

- d) Bericht SenWGP – V D 1 – vom 26.08.2026
**Hochschulbaugesellschaft und Umsetzungsstand zur
Hochschulbaugesellschaft**
Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 104. Sitzung vom 24.06.2026)

[2989 A](#)

Haupt

Es liegen Stellungnahmen der Ausschüsse WissForsch vom 18.05.2026 (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen LINKE und AfD bei Enthaltung GRÜNE) und StadtWohn vom 08.06.2026 (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen LINKE bei Enthaltung GRÜNE) vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen.

Vertagt – siehe auch „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 39 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion die Linke
Drucksache 19/3262

**Weitere Sperrungen von Hochschulgebäuden
verhindern – Jetzt konsequent handeln!**

[2882](#)

Haupt
WissForsch

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WissForsch vom 29.06.2026 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 19/3262 – solle gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung abgelehnt werden.

Punkt 40 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3292

**Abschluss eines Änderungsvertrags zum
Hochschulvertrag mit der Hochschule für Technik
und Wirtschaft Berlin gemäß § 2a Berliner
Hochschulgesetz für den Zeitraum 2025 bis 2028**

[2986](#)
Haupt
WissForsch

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WissForsch vom 29.06.2026 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 19/3292 – solle gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung angenommen werden. – Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 41 der Tagesordnung

Schreiben SenWGP – I B 1.11 – vom 19.08.2026
**Krankenhaus des Maßregelvollzugs – Sanierung der
Heizungstechnik in den Häusern 6 und 10**
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2026/2027 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 15 – Drucksache
19/2828 zum Haushalt 2026/2027

[3078](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3078 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 42 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben Senat von Berlin – WGP IV E
2 – vom 25.08.2026

Investive Kreditfinanzierung der Charité 2026
1. Zustimmung zur investiven Kreditaufnahme
2. Kenntnisnahme Schuldendienst
3. Kenntnisnahme Kreditvolumen

[3106](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3106 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 42 A der Tagesordnung

Bericht SenWPG – V B 1 – vom 28.08.2026
Gewährung von Hilfen für Energiemehrkosten 2023
im Hochschulbereich
hier: Verlagerung von Sperren
(unaufgefordert vorgelegt)

[3115](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3115 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 43 der Tagesordnung

Schreiben SenBJF – ZS B 3 – vom 25.08.2026
Zentrale Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben in
der Hauptverwaltung und den Bezirken im
Zusammenhang mit dem Themenbereich Flucht
Antrag zur Aufhebung einer Sperre

[3104](#)
Haupt

Franziska Brychey (LINKE) teilt mit, ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, weil auch die Willkommenschulen adressiert seien. Diese erachte ihre Fraktion für nicht sachgerecht, vielmehr habe man sich dafür eingesetzt, dass die Schülerinnen und Schüler in den Regelschulen beschult würden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3104 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 44 der Tagesordnung

Schreiben SenBJF – I A – vom 25.08.2026
**Beauftragung weiterer fachlicher
Beratungsdienstleistungen zur Implementierung der
Standards schulaufsichtlichen Handelns mit dem
Beratungsunternehmen PD (Berater der öffentlichen
Hand)**
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[2553 C](#)
Haupt

Franziska Brychey (LINKE) erklärt, ihre Fraktion begrüße das Projekt „Weiterentwicklung der Schulaufsicht in Berlin“ und erachte auch die Implementierung für richtig und notwendig. Allerdings sei vor geraumer Zeit das Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen – BLiQ – gegründet worden, das aus ihrer Sicht diese Aufgabe übernehmen könnte. Weshalb solle nunmehr der Vertrag mit PD erneut verlängert werden, um die Neuaufstellung der Schulaufsicht so gewährleisten zu können?

Silke Gebel (GRÜNE) ruft in Erinnerung, ihre Fraktion habe bereits mehrfach kritisiert, dass Standardaufgaben nach außen vergeben würden. Sie bitte um Erläuterung, weshalb die Aufgabe nicht mit eigenen Ressourcen erfüllt werden könne.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) betont, bei der Neuaufstellung der Schulaufsicht handele es sich nicht um eine Standardaufgabe, sondern um einen komplexen Reformprozess. Dieser Prozess sei eingebunden in die Aktivitäten der Bildungsministerkonferenz, weil deutschlandweit darüber nachgedacht werde, wie Schulaufsicht neu aufgestellt werden müsse. Ziel sei es, weg von der Aufsicht hin zu Beratung und Unterstützung zu gelangen. Dafür werde Expertise von außen benötigt, wofür PD genau der richtige Partner sei. Im Übrigen handele es sich nicht um eine Regelaufgabe des BLiQ.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2553 C wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 44 A der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenBJF – IV C ZBF We – vom
01.09.2026
Anmietung Willkommensschule Hasenheide
gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum Haus-
halt 2026/27

[3118](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3118 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 45 der Tagesordnung

Schreiben SenBJF – VI C 1.5 – vom 24.08.2026
Vergabe eines Beratungsdienstleistungsauftrages
Digitalisierung des Startchancen-Programms:
Einbindung der Säule I in das bestehende IT-
Fachverfahren
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3097](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3097 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 46 der Tagesordnung

Schreiben SenBJF – VI C 1.5 – vom 25.08.2026
Umsetzung des Berliner Programmmoduls „Raum
und Räume für gute Ganztagsbildung – Ideen aus
der Praxis von Erzieherinnen und Erziehern
umsetzen“ im Rahmen des Investitionsprogrammes
Ganztagsausbau – Leistungen aus dem
Rahmenvertrag Projektservice ITDZ (RV PS 2023)
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3102](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3102 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –
11

Punkt 47 der Tagesordnung

Schreiben SenASGIVA – ZS A 2 – vom 11.08.2026
Gutachten- und Beratungsdienstleistungen ab 2027
für das Zuwendungsportal Berlin (ZuPort)
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3053](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, welche Rolle bei der Ausschreibung die OZG-Ziele und bundespolitischen IT-Verfahren spielten. Gebe es keine Software, die nachgenutzt werden könnte?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) merkt an, es werde selbstverständlich betrachtet, welche Verfahren es anderswo gebe. – Es sollten drei Fragen beantwortet werden: Zum einen, wie man an das richtige Programm zur Suche komme, wie zu einem Fachverfahren, das die gesamte Prozesskette abbilde und wie man zu einer Auswertung gelangen könne. Im Zuge dessen solle erkundet werden, was in anderen Bundesländern zum Einsatz komme.

Stefan Ziller (GRÜNE) erklärt, angesichts dieser Ausführungen halte er die in Rede stehende Summe im Umfang von 800 000 Euro für zu hoch. Er rate dringend dazu, weniger Geld zu verausgaben als beantragt sei. Aus seiner Sicht werde zu viel Geld für gleichwertige IT-Verfahren ausgegeben, die letztlich alle Bundesländer benötigten. Seine Fraktion werde dem Schreiben nicht zustimmen.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) betont, dass Geld werde keinesfalls verschleudert werden. Insbesondere bei IT-Projekten gehe es um korrekte Vergaben. Vor allem bei den Rahmenbedingungen gebe es eine Reihe von Herausforderungen; hierfür sowie das Projektmanagement sei die Beratung notwendig.

Der **Ausschuss** stimmt mehrheitlich dem Schreiben rote Nr. 3053 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 47 A der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenASGIVA – I B A RSDV –
vom 26.06.2026
**Tätigkeit der Ansprechperson für Deutsche aus
Russland, Spätaussiedler und Vertriebene**
(Berichtsauftrag aus der 101. Sitzung vom 29.04.2026)

[2773 A](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Dr. Hugh Bronson (AfD) erklärt, seine Fraktion begrüße den Bericht und danke dem Beauftragten für seine Arbeit. Der Tätigkeitsbericht zeige, dass die Anliegen der rund 300 000 Betroffenen berücksichtigt würden. Die Arbeit einer Ansprechperson ersetze jedoch nicht das, was das Land selbst schuldig bleibe. Es fehle ein Begegnungszentrum für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene. In Nürnberg habe in diesem Jahr der Spatenstich für solch ein Zentrum stattgefunden. Wann werde dies in Berlin geschehen? – Auch das Fremdrentenrecht müsse korrigiert werden. Auf Landesebene müssten die zur Verfügung stehenden und die verausgabten Mittel evaluiert werden. Zudem müsse die Mittelvergabe nach nachvollziehbaren Kriterien erfolgen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2773 A zur Kenntnis.

Punkt 48 der Tagesordnung

Schreiben SenASGIVA – II D 11 – vom 07.07.2026
**Beauftragung eines Dienstleisters für die externe
Evaluation der
Jugendberufsagentur Berlin
hier: Zustimmung**
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3025](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) wirft die Frage auf, worauf sich die Evaluation genau richten solle. Werde auch eine Verknüpfung zum 11. Pflichtschuljahr erfolgen? Sei die Konzeption geeignet, herauszufinden, inwieweit die Jugendberufsagentur noch stärker aufsuchende Arbeit und gute Arbeit in allgemeinbildenden Schulen leisten könne?

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA) macht darauf aufmerksam, dass die Evaluation zum zehnten Mal erfolge und regelmäßig geprüft werde, welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen zu verzeichnen seien und in Hinblick auf die Jugendberufsagentur berücksichtigt werden müssten. Deshalb werde das 11. Pflichtschuljahr dann Berücksichtigung finden, wenn die Schnittpunkte nachvollziehbar gemacht werden müssten. Im letzten Jahr habe bei der Evaluation der Aspekt Inklusion im Mittelpunkt gestanden. – Die Anregungen nehme sie mit.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3025 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 49 der Tagesordnung

Schreiben SenASGIVA – V C 4 – vom 27.07.2026
**Handlungskonzept Runder Tisch Sexarbeit
Verwendung der Restmittel
Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre**
(gem. Maßgabebeschluss aus der 103. Sitzung vom
10.06.2026)

[2867 B](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 2867 B wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 50 der Tagesordnung

- a1) Schreiben SenASGIVA vom 25.08.2026
**Zentrale Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben in
der Hauptverwaltung und den Bezirken im
Zusammenhang mit dem Themenbereich Flucht
Antrag zur Aufhebung einer Sperre**

[3101](#)
Haupt

- a2) Austauschseite zur roten Nummer 3101 [3101-1](#)
Austauschseite: S. 3 Haupt
- b1) Bericht SenASGIVA – III F 2.6 – vom 28.08.2026 [2852 C](#)
Bericht zu den VE-Bedarfen in dem 2. Antrag auf Haupt
Entsperrung der Verstärkungsmittel bei Kapitel
2931, Titel 97110
Für: Integrationsmittel, Unterbringung, Soziale und
medizinische Versorgung, Zentraler Service
(Cluster 1)
(Berichtsauftrag aus der 104. Sitzung vom 24.06.2026)
- b2) Austauschseite zur roten Nummer 2825 C [2852 C-1](#)
Austauschseite: S. 2 Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) bekundet, durch die Vorlagen werde die unseriöse Haushaltspolitik des Senats verdeutlicht. So heiße es u. a.:

„Bei einer Nicht-Entsperrung der hier beantragten Mittel können aktuell bestehende Verträge nicht bezahlt werden.“

Zudem würden weitere Mittel für diverse IT-Dienstleister benötigt, damit Verträge mit dem ITDZ abgeschlossen werden könnten. Auch für die gesundheitliche Versorgung in den Ankunftsstrukturen werde weiteres Geld benötigt. Sehenden Auges habe der Senat die Situation herbeigeführt, dass der Haushalt nicht auskömmlich sei.

Wissen wolle er, ob es für das Land teurer oder günstiger sei, wenn weiterhin ehemalige Hotels und Schulgebäude am Netz blieben. Er vermute, dass Hotels und Hostels teurer seien.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) ruft in Erinnerung, dass auch im Statusbericht ein Mehrbedarf für das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung – LFU – in Höhe von 251 Mio. Euro ausgewiesen sei. In diesen in Rede stehenden Vorlagen gehe es um einen Mehrbedarf im Umfang von 240 Mio. Euro. Weshalb differierten die Zahlen?

Es werde über einen Wohncontainerbedarf auf dem Tempelhofer Feld mit 1 100 Plätzen berichtet. Wie vertrage sich dieser Bedarf mit dem Ergebnis des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld, das besage, dass das Feld nicht bebaut werden dürfe?

Steffen Zillich (LINKE) vertritt die Auffassung, es sei von Beginn an klar gewesen, dass die Verstärkungsmittel für Regelbedarfe benötigt würden. Die Nachvollziehbarkeit sei schwierig, aber im Zusammenhang mit dem Statusbericht sei ein entsprechender Berichtsauftrag erteilt worden. – Hingen die Austauschseiten mit den erfolgten Verträgen zusammen, die sich aus seiner Sicht insbesondere auf die Frage der Nutzung von Hotels und Hostels bezögen? Er weise darauf hin, dass sich Vorgänge auf der Konsensliste befänden, in denen dieser Passus ebenfalls auftauche.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) trägt vor, mit Beginn des Ukrainekrieges habe das Landesamt deutlich mehr Herausforderungen bewältigen müssen. Seitdem gebe es einen

sogenannten Fluchttopf mit einer Pauschale, die zentral bewirtschaftet und verstärkt werde. Dieses System sollte wieder auswachsen, weil der Haushalt Klarheit zeigen müsse.

Als „Hotels“ würden auch Gebäude gemeint, die ehemals als Hotels genutzt worden seien. Die Verwaltung hänge jedoch nicht an den Hotels, die aus dem Betrieb herausgenommen worden seien. Zu den vertagten Vorlagen sei ihm die Argumentation bekannt, dass sicher noch eine Ausschusssitzung vor dem November stattfinden werde. Diese Sitzung sollte wirklich stattfinden, weil es Engpässe bei den Gemeinschaftsunterkünften gebe. – Alternative Bedarfe würden kontinuierlich geprüft. Beispielsweise würden die Unterkünfte an der Maxie-Wander-Straße und dem Quittenweg aufgegeben. Bei Letzterer solle eine investive Maßnahme erfolgen. Dafür müsse es aber Kompensation geben. – Insbesondere bei den Hotels sollten einige Unterkünfte auslaufen. Dabei handele es sich um mehr als Tausend Plätze mit Kosten von mehr als 33 Mio. Euro. Eine Gemeinschaftsunterkunft koste im Durchschnitt 35 Euro pro Tag und Person, eine Notunterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung inklusive Catering 73 Euro.

Wenn Wohncontainer auf dem Tempelhofer Feld aufgestellt werden sollten, müsste das Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes geändert werden. Eine künftige Koalition müsse klären, ob es diesen Bedarf gebe und wenn ja, ob er an genau der Stelle verwirklicht werden solle.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3101 unter Berücksichtigung der Austauschseite rote Nr. 3101-1 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis. Sodann nimmt er den Bericht rote Nr. 2852 C unter Berücksichtigung der Austauschseite rote Nr. 2852 C-1 zur Kenntnis.

Punkt 51 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 11.05.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 13591 Berlin**

Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

(in der 103. Sitzung am 10.06.2026 zur Sitzung am
02.09.2026 vertagt)

[2856](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Vertagt – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 52 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 17.08.2026

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten in 12057 Berlin**

Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3070](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Vertrag – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 53 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3442

**Änderung des Berliner Flächennutzungsplans
(FNP Berlin)**

(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

[3083](#)

Haupt

StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 31.08.2026 vor,
die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit CDU, SPD und
AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Be-
schlussfassung – Drucksache 19/3442 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Aus-
schusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen angenommen werden. – Dringlichkeit
werde empfohlen.

Punkt 54 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1993

**Leergefallene Shoppingcenter zu Sorgezentren
umnutzen!**

[2020](#)

Haupt

StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 29.06.2026 vor,
den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und
LINKE).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache
19/1993 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung,
Bauen und Wohnen abgelehnt werden. – Auf Antrag der Linksfraktion werde Dringlichkeit
empfohlen.

Punkt 55 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	2137
Drucksache 19/2182	Haupt
Damit niemand im Kalten sitzen muss –	ArbSoz
Heizkostenfonds nach Münchner Vorbild einführen	StadtWohn(f)

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 29.06.2026 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30.09.2026“ abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 19/2182 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen abgelehnt werden. – Auf Antrag der Linksfraktion werde Dringlichkeit empfohlen.

Punkt 55 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2639
Drucksache 19/2865	Haupt
Kein neues Baurecht für Büro-Komplexe –	StadtWohn
leerstehende Büros zu Wohnungen umbauen	

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 31.08.2026 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2026“ abzulehnen (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, den Antrag – Drucksache 19/2865 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen abgelehnt werden. – Auf Antrag der Fraktion der Grünen werde Dringlichkeit empfohlen.

Punkt 56 der Tagesordnung

Schreiben SenStadt – IV A 18 – vom 05.06.2026
Wohnungsbaugesellschaften
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 36 Abs. 1 Satz 3 LHO i.V.m. § 22 Satz 3 LHO

[3012](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3012 ohne Aussprache zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 57 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenWiEnBe – II C – vom
18.08.2026
Vergabe eines Dienstleistungsauftrags an
Wirtschaftsprüfer
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3086](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3086 ohne Aussprache zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 57 A der Tagesordnung

Bericht SenWiEnBe – IV D 11 – vom 18.08.2026
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der
regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) – Sachstand
zur Bewilligung der Mittel für das Theater am
Park e.V. Biesdorf
(Berichtsauftrag aus der 103. Sitzung vom 10.06.2026)

[2860 A](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um Auskunft, ob der Senat den Bezirk unterstütze, die nötige Kofinanzierung für das wichtige Projekt bereitzustellen.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt nach, was der Ausbau für die unbedingt erforderliche touristische Infrastruktur konkret sei. – Wann kläre der Bezirk die noch offenen Fragen? Wann starteten die Ausschreibungen, Vertragsabschlüsse und der Sanierungsbeginn?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) antwortet, dass sich die SenWiEnBe zu 60 Prozent an der Kofinanzierung beteilige. Weitere Mittel könnten aufgrund der Haushaltslage aktuell nicht bereitgestellt werden. Berlin versuche aber immer wieder, zusätzliche Mittel zu akquirieren. – Die touristische Infrastruktur betreffe Toiletten, Flure, den Veranstaltungssaal und den Eingangsbereich. – Eine Zeitleiste der Umsetzung gebe es noch nicht.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet, dass die Bezirksbürgermeisterin noch zur Kofinanzierung ausführe und wann eine Umsetzung zeitlich wünschenswert wäre.

Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf) antwortet, dass seit Juli die noch offenen Fragen im Prozess der Klärung seien. Bei der Kofinanzierung sei abzuwarten, ob der nächste Doppelhaushalt mehr ermögliche. Es sei aber ein großes Anliegen, die Sanierung zu beginnen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2860 A zur Kenntnis.

Punkt 57 B der Tagesordnung

Bericht SenWiEnBe – IV B 21 – vom 10.08.2026
**Beauftragung eines Gutachtens und einer
Beratungsdienstleistung**
**Hier: Überprüfung der bestehenden vertraglichen
Regelungen im Zusammenhang mit
dem Pachtverhältnis zwischen Land Berlin und
Messe Berlin GmbH**
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/2828 zum
Haushalt 2026/27

[3050](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, was der Anlass sei, dass das Pachtverhältnis zwischen Land und Messe neu betrachtet werde. Sei das Verhältnis grundsätzlich betroffen oder nur spezielle Regelungen? Würden Überlegungen von Privatisierungen wiederaufgegriffen, obwohl dies auf Nachfrage abgelehnt worden sei?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) widerspricht, dass es in der SenWiEnBe Überlegungen von Privatisierungen Teile der Messe gebe. – Der Anlass sei, dass mit geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen die Vertragsstrukturen nach 30 Jahren überprüft und aktualisiert werden müssten.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert, dass schon einmal eine Debatte über eine Übertragung der Grundstücke an die Messe geführt worden und abgelehnt worden sei. Diese Überlegung werde wohl wieder aufgegriffen, obwohl die Messe davon nicht profitiere. Sie könne die Mittel für die Sanierung und Unterhalt der Grundstücke nicht aufbringen.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) weist hin, dass er als nicht zuständiger Staatssekretär ad hoc keine weitergehenden Informationen habe. Er werde die Informationen nachliefern.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3050 zur Kenntnis.

Punkt 58 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.